

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6432.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Baustellen-Anzeigen bis 3 gesaltene Kolonnen-Zeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluss 3002.

Die bayerische Gewerbeaufsicht in Jahre 1909.

Die Berichte der bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten stehen von den preussischen, namentlich aber von den sächsischen, vorteilhaft ab. Damit ist durchaus nicht gesagt, daß sie uns genügen, im Gegenteil, wir haben noch sehr viel daran auszuforschen, aber man merkt doch heraus, daß den Beamten in Bayern der Mund nicht gar so fest verbunden ist wie ihren preussischen und sächsischen Kollegen. Auch die Augen scheinen sie ein klein wenig mehr aufzumachen. Daß sie trotzdem nur einen winzigen Bruchteil der vorhandenen Mißstände sehen, weiß jeder, der die Zustände in Fabriken und die Art der Revisionen durch Gewerbeinspektoren kennt. Von besonderem Interesse, speziell für unsern Verband, ist der Bericht noch deshalb, weil der der Gewerbeaufsicht beigeordnete Landesgewerbearzt darin zum erstenmal über seine Tätigkeit Bericht erstattet. Sehr viel erfahren wir von ihm über das erste Jahr seiner Tätigkeit allerdings noch nicht. Das ist erklärlich, denn er betont mit Recht, daß er in dem ersten Jahre seiner Amtstätigkeit zunächst Erfahrungen für ein Arbeitsprogramm sammeln mußte. Er sei darauf bedacht, neben dem Studium der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen sowie der Literatur sich über Produktionsverfahren und Beschäftigungsarten sowie über die wirtschaftlichen Bedingungen der verschiedenen Industriezweige zu unterrichten, endlich die vielseitigen gewerblichen Schädlichkeiten und deren Bekämpfung möglichst persönlich kennen zu lernen. Er hat jedoch schon bisher bei seinen Besichtigungen der Betriebe eine Reihe von Beobachtungen sowohl über häufig wiederkehrende gesundheitschädliche Zustände allgemeiner Art, als auch über wichtige besondere Berufsschädlichkeiten gemacht. Demgemäß konnte er die Verrichtung mancher Mißstände durch den ihn begleitenden Aufsichtsbeamten veranlassen.

Die ärztlichen Kreise zeigten dem Bericht zufolge lebhaftes Interesse für die neugeschaffene Stelle und deren Arbeitsprogramm. Mehrere Ärzte haben mündlich und schriftlich den Landesgewerbearzt auf gesundheitschädliche Mißstände und Betriebsgefahren aufmerksam gemacht. — Dagegen hat der Landesgewerbearzt mit den Krankenkassen noch keine Beziehungen angeknüpft. Ob er es nicht versucht hat, oder ob er eine Abfage erhalten hat, ist aus dem Bericht nicht zu ersehen. Daß er nicht ganz so oberflächlich urteilt wie viele, namentlich preussische und sächsische Aufsichtsbeamte, beweist eine Aeußerung über die Sauberkeit in den Betrieben. Er schreibt: „Vielfach sind die einschlägigen hygienischen Vorschriften lediglich dem Buchstaben nach nachlässig befolgt. Aborte, Wasch- und Umkleieräume finden sich in allen Anlagen in ungenügender Anzahl, ungenügend ausgestattet, unsauber gehalten: ein Kübel oder eine Waschkübel in einer Ecke stellt manchmal das einzige Inventar dar. „Unter diesen Umständen darf es nicht verwundern, wenn derartige Einrichtungen von den Arbeitern nicht benutzt werden.“ Das klingt wesentlich anders als die naive Verwunderung der sächsischen Beamten und Beamtinnen, die gar keinen Reim darauf finden können, daß Arbeiter irgendeinen ihnen zugewiesenen Raum nicht benutzen. Die Verbandskassen fand der Arzt „vielfach teils unsauber gehalten, teils nicht ergänzt oder ungenügend, ohne Berücksichtigung des Zweckes und praktischen Bedarfs eingerichtet.“

Auch die Ursache der steigenden Verwendung weiblicher Arbeitskraft erkennt er sehr richtig, denn er schreibt:

„Wie überall, so macht sich auch in Bayern das Bestreben geltend, durch vermehrte Einstellung von billigen weiblichen Arbeitskräften die Produktionskosten niedrig zu halten.“

Als Arzt hat er aber auch ein schärferes Auge für die eventuellen gesundheitlichen Gefahren, die den Arbeiterinnen drohen. Daß die Unternehmer auf den weiblichen Organismus wenig Rücksicht nehmen, geht aus folgendem Nachsatz hervor:

„Dabei liegt die Verführung nahe, auch dort Frauen zu beschäftigen, wo es nicht angängig ist. Wiederholt mußte Gelegenheit genommen werden, die Entfernung solcher weiblicher Arbeiter zu beantragen, sei es wegen heftiger Staubentwicklung, wegen großer Körperanstrengung beim Tragen oder Fahren von Lasten oder wegen großer Hitze (Entleeren der Porzellan-Brennöfen).“

Ob die Anträge auf Entfernung der Arbeiterinnen von den schädlichen Arbeiten immer erfüllt wurden, steht nicht im Bericht; wir fürchten, er wird da noch viele Enttäuschungen erleben. — Ueber die Erfahrungen des Gewerbearztes in den Betrieben der chemischen Industrie berichten wir noch gesondert.

Der Revisionsstätigkeit der Aufsichtsbeamten waren im Jahre 1909 insgesamt 104 441 Betriebe mit 679 741 beschäftigten Personen unterstellt. Davon waren 8433 Betriebe

mit 402 390 beschäftigten Personen Fabriken, und 96 006 mit 277 351 beschäftigten Handwerksbetriebe. Von den Beschäftigten waren 532 264 männliche — darunter 53 554 unter 16 Jahren — und 147 477 weibliche — darunter 16 701 unter 16 Jahren. Die Zahl der Revisionen betrug 19 365, davon wurden 239 nachts und 316 Sonntags vorgenommen. 654 Betriebe wurden zweimal, 51 Betriebe dreimal oder öfter revidiert.

Bei den Revisionen wurden in 2467 Anlagen Verstöße der verschiedensten Art ermittelt; von den bei solchen Verstößen Ertrappten wurden nur 116 bestraft. Die speziellen Ziffern über die für unsern Verband in Betracht kommenden Industriezweige werden bei Besprechung des Berichtes in den einzelnen Branchen noch mitgeteilt.

Das Urteil der Beamten über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter wird in der Einleitung des Berichtes wie folgt zusammengefaßt:

„Die Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung hat angehts der nur wenig, vielfach gar nicht gestiegenen Löhne und der fast überall eingetretenen Preissteigerung der meisten Lebensbedürfnisse keine Besserung erfahren können.“ Wo aber eine Besserung eingetreten ist, ist sie fast immer auf das Konto der Gewerkschaften zu setzen. Das gibt die Einleitung des Berichtes ausdrücklich zu; es heißt dort nämlich: „Der bis über die erste Hälfte des Berichtsjahres andauernde flauere Geschäftsgang war nicht dazu angegan, die Bestrebungen der Arbeiter bezüglich Kürzung der regelmäßigen Arbeitszeit und Verbesserung der Lohnverhältnisse zu unterstützen. Trotzdem wurden nach den Streiknachweisen in einer Reihe von Fällen dauernde Verkürzungen der Arbeitszeit und nicht unwesentliche Lohnerhöhungen erkämpft. Auch der Abschluß von Tarifverträgen machte trotz dieser ungünstigen Verhältnisse ziemliche Fortschritte.“ Die Einzelberichte der Beamten bekunden dasselbe; wir lassen eine Anzahl der diesbezüglichen Aeußerungen hier folgen: Der Münchner Beamte schreibt:

„Lohnerhöhungen waren in vielen Fällen die Folgen von Streiks; bedeutamer sind jedoch die zahlreichen Verbesserungen, welche auf dem gütlichen Wege der Vertragsverhandlungen vor dem Gewerbegericht erreicht werden konnten. Die Lohnerhöhungen betragen bei den Stundenlöhnen 3 bis 6 Pf., bei den Tagelöhnen 20 bis 30 Pf. und bei den Wochenlöhnen 1,20 bis 4 Mk.“

Der Beamte für Oberbayern berichtet: „Die Arbeiterorganisationen waren im Berichtsjahr mit vielem Erfolg befreit, auf friedlichem Wege eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Namentlich die Tarifbewegung greift immer weiter.“

Aehnlich der Beamte für die nördliche Pfalz, der erklärt:

„Der Abschluß von Tarifverträgen machte wieder Fortschritte.“ Anschließend werden eine Reihe von Berufen und Betrieben aufgezählt, in denen die Arbeiter „nicht unbedeutende Lohnerhöhungen“ erzielten.

Aus der sächsischen Pfalz wird berichtet:

„Im Berichtsjahre sind 7 Streiks und 1 Aussperrung zu verzeichnen. 2 Streiks verliefen für die Arbeiter ergebnislos, in den übrigen konnten sie Zugeständnisse erreichen.“

Und aus der Oberpfalz:

„Die Bestrebungen der Arbeiterchaft gehen noch immer auf Verkürzung der Arbeitszeit, welche auch neuer wiederum in verschiedenen Anlagen stattgefunden hat.“

Der Beamte für Oberfranken konstatiert die Ausbreitung der Gewerkschaften im Aufsichtsgebiet und meint dann: „Dies ist in der Hauptsache wohl darauf zurückzuführen, daß in Oberfranken noch vielfach niedrigere Löhne gezahlt werden, als sie anderwärts üblich sind.“ Er berichtet dann weiter über eine Anzahl von den Verbänden abgeschlossene Tarifverträge und bemerkt dazu: „Die Tarife brachten für die in Betracht kommende Arbeiterchaft nicht unwesentliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.“

Diese offenen Anerkennungen der gewerkschaftlichen Tätigkeit sind ganz besonders geeignet den indifferenten Arbeitern den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation vor Augen zu führen. Wir meinen, wenn fast alle bayerischen Aufsichtsbeamten übereinstimmend die segensreiche Wirkung der Gewerkschaften anerkennen, dann ist es geradezu unbegreiflich, daß es noch so viele Arbeiter in Bayern gibt, die diese Wirkung nicht anerkennen oder richtiger nicht anerkennen wollen.

Von der vorbildlichen Wirkung der Gewerkschaften zeugt auch noch eine Stelle in der Einleitung des Berichtes, in der über die Arbeitslosenversicherung berichtet wird. Es heißt da: „Hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung sind, von den

anerkanntwertigen Leistungen der Gewerkschaften abgesehen, leider keine Fortschritte zu verzeichnen.“ Womit gesagt ist, daß sich Kommunen und Staat an den Gewerkschaften ein Muster nehmen möchten.

Die so oft gepriesene Bereitwilligkeit der Unternehmer, ihre Betriebe den Forderungen der Hygiene gemäß einzurichten, erscheint in einigen Teilen des Berichtes in recht eigenartigem Lichte. Wir zitierten oben schon einige Stellen aus dem Bericht des Gewerbearztes, die an dieser Bereitwilligkeit Zweifel aufkommen lassen. — Die Beamten berichten mehrfach über ähnliche Erfahrungen. So schreibt der Beamte für Oberbayern:

„Wenig Wert scheinen manche Arbeitgeber, darunter größere Firmen, darauf zu legen, ihrer Arbeiterchaft angemessen ausgestattete Wasch- und Umkleieräume sowie Badeeinrichtungen und Speiserräume bereit zu stellen.“ Daß es ihm auch nicht immer oder doch nicht ohne Widerstand gelungen ist, hierin Aenderung zu schaffen, geht daraus hervor, daß sich zwei Unternehmer größerer Werke seinen Auflagen widersetzen und Beschwerde einlegten. Aehnliche Klagen hat der Münchner Beamte. Er schreibt: „Aus der Zahl der in bezug auf Waschgelegenheiten und staubfreier Kleideraufbewahrung erfolgten Beanstandungen darf geschlossen werden, daß dieser Angelegenheit von den Gewerbeunternehmern nicht immer das wünschenswerte Verständnis entgegengebracht wird.“ Auch dieser Beamte mußte dann noch ganz speziell die Erfahrung machen, daß die Unternehmer ihre Geldbeutel mit Nägeln und Zähnen verteidigten. Selbst wenn sie es ganz und gar nicht nötig haben.

Er berichtet darüber: „Eine große und gut situierte Firma der Holzbranche sagte die Herstellung von Wasch- und Umkleieräumen als freiwillige Betätigung der Arbeiterwohlfahrtspflege auf und setzte der ergangenen Anordnung hartnäckigen Widerstand entgegen, bis zur gegenseitigen Entschädigung durch die kgl. Regierung.“ Da die Unternehmer sich gar zu gern als Wohltäter aufspielen, überhaupt die Ausübung ihrer Unternehmertätigkeit als eine Wohltat für die Menschheit einschätzen, ist die Haltung der Firma gar nicht verwunderlich. Die Gewerbeaufsichtsbeamten unterstützen übrigens diesen Wohlwollensbetrug, indem sie über jede Wurft, die ein Unternehmer den Arbeitern schenkt, ein großes Lobgeschrei aufstimmen.

Die oft maßlose Ausbeutung der Arbeiterchaft, namentlich der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter — die erwachsenen männlichen Arbeiter haben mehr Rückhalt, weil sie besser organisiert sind — wird im Bericht an einigen Beispielen erwiesen. So berichtet der Münchner Beamte über folgenden ganz besonders krassen Fall von Arbeiterinnen-ausbeutung: „Eine wegen Ausbeutung weiblicher Arbeitskräfte mehrfach vorbestrafte Puhlgewerkschaftsinhaberin hat ihre Arbeiterinnen öfter bis 11 und 11 1/2 Uhr nachts beschäftigt. Der Versuch, die gelehrte Modistin als Verkäuferin zu charakterisieren, mißlang, und die Arbeitgeberin wurde wiederum zu 80 Mk. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis verurteilt und als strafschwerend hervorgehoben, daß die Angeklagte ihre Leute ohnehin nicht gut bezahlte und für Ueberstunden überhaupt nichts vergütete.“ Wir meinen, in diesem Falle ist die Strafe von 80 Mk. viel, viel zu milde.

Der Beamte für die nördliche Pfalz stellte fest, daß bei einer Lohnreduzierung ein noch minderjähriger Arbeiter vier Tage und vier Nächte lang ohne jede Ablösung beschäftigt wurde. „Abhilfe wurde veranlaßt“ heißt es dazu lakonisch.

Wahrscheinlich im Hinblick auf diese Fälle wird in der Einleitung des Berichtes mit sanftem Tadel bemerkt: „Im allgemeinen sollte seitens vieler Betriebsunternehmer bei der Zuteilung von Arbeiten der geringen Körperkraft und Einsicht der jugendlichen Arbeiter mehr Rechnung getragen werden.“ Mehr als derlei mehr als milde Kritik hilft in solchen Fällen eine strenge Bestrafung der schuldigen Unternehmer. Leider finden aber die Sünden wider den Arbeiterschutz auch in Bayern milde Richter. Sehr treffend führt der Beamte für die sächsische Pfalz zu diesem Punkt aus:

„Erfreulicherweise wird seitens einiger Gerichte gegen Uebertretungen der Arbeiterschutzesvorschriften neuerdings strenger vorgegangen, im allgemeinen ist aber noch immer zu beklagen, daß in den meisten Fällen die verhängten Geldstrafen weit hinter dem Gewinn zurückbleiben, den sich die schuldigen Arbeitgeber durch die Gesetzesverletzungen verschaffen.“ Das ist genau dasselbe was wir immer gesagt haben: Solange die Unternehmer bei ihren Gesetzesverletzungen noch verdienen, werden sie sich den Teufel um die milden Rügen und belanglosen Strafen scheeren. Wenn es deshalb, wie nach den Aeußerungen des Beamten zu schließen, hier und da besser wird, so ist das nur zu begrüßen. Weit scheint überdies die Besserung nicht her zu

sein, denn an anderer Stelle berichtet derselbe Beamte, daß fünf Unternehmer, die Arbeiterinnen über die gesetzlich zulässige Zeit beschäftigt hatten, mit Geldstrafen von — 3 bis 5 Mark belegt wurden. Das kann man gewiß alles eher als streng nennen!

Ueber die Kinderarbeit fällt der Beamte für München folgendes Urteil: „Die gewerbliche Kinderarbeit hat sich gegen das Vorjahr nicht wesentlich geändert... Bei den Revisionen zeigten sich in vielen Fällen wieder die bekannten traurigen Bilder, und die Berichte der Behörde bestätigen die bedauerlichen Folgeerscheinungen. Die Kinder sind mit Mühe in der Schule noch zu erhalten, klagen viel über Kopfschmerz und vermögen dem Unterricht nicht zu folgen.“ Der Beamte meint dann weiter, daß die Bemühungen, durch Aufklärung und Belehrung die Kinderarbeit zu beschränken, deshalb erfolglos blieben, weil ja nicht böser Wille, sondern „die meist trostlosen wirtschaftlichen Verhältnisse“ der Eltern Ursache der Kinderarbeit seien. Das ist durchaus richtig. Und diese trostlosen Verhältnisse zu beseitigen, ist Aufgabe der Gewerkschaften. Viel haben sie darin schon geleistet, mehr, weit mehr könnten sie leisten, wenn es nicht noch immer so viele kurzfristige, gleichgültige Arbeiter gäbe, die, betrunken oder unbewußt, dem Unternehmer Selbstdienste leisten, statt sich um ihre eigenen Interessen zu kümmern.

Reichstag und Reichsetat.

Der Reichstag tritt am 22. November wieder zusammen. Seine Ferien hatten am 10. Mai begonnen, haben also zwei Wochen über ein halbes Jahr gedauert! Und Mangel an Verhandlungsstoff war es wirklich nicht, der den Reichstag damals veranlaßte, die Arbeit einzustellen! Die Novelle zur Gewerbeordnung, das Heimarbeitgesetz, der Entwurf über die Arbeitslosenversicherung, die Reichsversicherungsordnung, die Straßengesetz-Novelle, die Reichswertzuwachssteuer und verschiedene kleinere Entwürfe blieben unerledigt liegen, sie sollen jetzt, nachdem besondere Kommissionen für die Straßengesetzordnung und die Reichsversicherungsordnung während des Sommers zur Förderung der Materie eine Reihe von Sitzungen abgehalten hatten, wieder das Plenum, d. h. den vollversammelten Reichstag, beschäftigen. Es ist natürlich nicht daran zu denken, daß das Parlament in der ihm noch zur Verfügung stehenden kurzen Spanne Zeit auch nur einen erheblichen Teil dieser gesetzgeberischen Kleinlast bewältigen könnte. Werden doch neben den alten Vorlagen auch noch sehr wichtige neue erscheinen, wie das Schiffahrtsabgabengesetz, der Verfassungsentwurf für Elßaß-Lothringen und vielleicht auch ein Gesetzentwurf zur Privatbeamtenversicherung, da ein solcher von einflussreicher konservativer Seite als Wahlvorschlag gewünscht wird. Außerdem gibt es natürlich noch die Statberatung, Interpellationen und die berühmten, parlamentarisch behandelten Initiativanträge. Ein Parlament müßte mindestens drei Jahre, ohne lange Ferien, fleißig und in raschem Tempo arbeiten, um durch einen solchen Berg von Vorlagen hindurch zu kommen.

Der Reichstag hat aber bekanntlich nicht mehr lange zu leben, er wird spätestens Ende Mai oder Juni verlagert werden, um nach einer kurzen, rein formellen Herbsttagung im November des nächsten Jahres aufgelöst zu werden. Damit verwandelt sich alle unerledigten Gesetzesentwürfe in Proklamation. Der nächste Reichstag darf die Arbeit nicht da fortsetzen, wo sie sein Vorgänger liegen gelassen hat, sondern er muß wieder ganz von vorn anfangen. Alle ersten Lesungen, zweiten Lesungen, Kommissionsberatungen usw., die zu keinem Abschluß führten, werden obflig wertlos.

Darum muß der Reichstag, wenn er demnächst arbeiten will, bei seinem Niederlassungsort einen Arbeitsplan aufstellen, in dem er sich nicht mehr, als was möglich ist, zimmert, sonst wird aus seiner letzten Sitzungsperiode überhaupt nichts mehr herauskommen. Allerdings kann man im Zweifel darüber sein, ob das ein so großes Unglück wäre. Auf der einen Seite pflegt ja ein sterbendes Haus in der Geburtsstunde zu sein, man will den Nächsten etwas mitbringen und wird, aus Furcht vor der roten Frau, unterhalb überredend volksfreundlich. Auf der anderen Seite ist gerade dieser Reichstag mit seiner schwarz-blauen Majorität und bei der antisozialpolitischen Schwärzung der Konservativen gegen die Nationalsozialisten besonders ungenau in Arbeiterfragen geschäftige Entschlüsse zu fassen. Eine ganz unzufühbare Gesetzgebungsperiode ist immer noch besser als eine, die Mißgeburt produziert!

Leb aber der Reichstag mit einem dringenden Arbeitsprogramm überhaupt für ein halbes Jahr in die Ferne geschickt werden dürfte, zeigt die ganze heftige Verlegenheit unserer öffentlichen Zustände! Die kaiserliche Regierung steht in beständigem hartem Gegenlag zu allem, was nach Parlamentarismus aussieht. Ganz besonders aber vom Reichstag als dem Parlament des allgemeinen Wahlrechts. Mag der Reichstag noch so regierungstreu sein, so wird er doch stets von „oben“ mit Mißgunst und Mißtrauen angesehen, und immer häufiger tritt die Regierung hervor, die Reichstagsentscheidungen als unannehmlich, aber vorübergehende Störungen des absolutistischen Regierungsbetriebes so stark wie möglich abzuwehren. Darum hat man ja auch die Wiedereröffnung des Reichstags noch im letzten Augenblick vom 8. November auf den 22. verschoben. Es soll möglichst wenig geredet werden und insbesondere soll die verhasste Sozialreform möglichst wenig Gegenstand bekommen, von der Parlamentsströmung ins Land hinaus zu werden. Die Tageszeitung zitiert vor dem freien Wort!

Der unglaubliche Anstieg der öffentlichen Preise in letzten Haupttagen des letzten Reichstags für 1911 ist zu zweien der Hauptursachen nach festgestellt worden. Man hat die Ausgaben so niedrig wie möglich gehalten, die Einnahmen dagegen so hoch wie möglich erhöht, um eine geringe Bilanz herauszubringen. Darüber soll es jetzt zwischen dem Reichstagspräsidenten und der Presse- und Parteipresse eine sehr heftige Auseinandersetzung gekommen sein. Aber wenn auch der Reichstagspräsident bestanden hätte, weil er sich auf die Reichstagspräsidenten als mächtige Bundesgenossen stützen durfte, so werden die Preise im Lande und außer Lande natürlich, das anzusehen nicht notwendig ist. Die Entscheidungen, die man diesmal aus parlamentarischen Gründen, werden im nächsten Jahre von neuem wiederholt werden. Und die neue Gesetzesvorlage, die jetzt „Reichsetat“ auf 8 Milliarden eingestellt ist, wird nicht zum geringsten Schaden führen!

Der Reichstag hat, das auch diesmal wieder für die Erhaltung der Sozialreform das Hauptziel der Reichstagsarbeiten nicht durchsetzen können. In die erste und wichtigste Arbeit, die zu tun war, wurde man nicht gelangt, weil der Reichstag durch die Anwesenheit der Reichstagspräsidenten für ein halbes Jahr in die Ferne geschickt werden mußte. Das ist ein sehr bedauerliches Ereignis, das man nicht ohne Bedauern sehen kann. — (Schluß folgt)

Die Entscheidung des Reichstags hat auch alle parlamentarischen Entscheidungen der letzten Reichstagsperiode zurückgelassen, die man sich von parlamentarischer Seite erhofft hatte. Insbesondere die Entscheidung über die Reichstagspräsidenten, die man sich von parlamentarischer Seite erhofft hatte. — (Schluß folgt)

allgemeiner muß die Parole werden: „Es wird kein Tropfen Schnaps mehr getrunken! Wegen die adeligen Volksvergiffen ihren Sufel selber kaufen!“

„Gute Verbandsmitglieder“.

In jeder Zahlstelle gibt es wohl einige Verbandsmitglieder, die den tätigen Mitgliedern bittere Stunden bereiten, die schon manchem tätigen Mitglied die Lust und Liebe zur Mitarbeit im Verband vererbt haben. Es wäre aber besser und richtiger, wenn diese, statt sich die Nörgelien zu Herzen zu nehmen, den Nörglern und Bessermüßigen kräftig die Wahrheit sagen würden. Die steten Nörgler sind zum allergrößten Teil solche, die nie zu einer Mitarbeit zu haben sind. Ihre Hauptaufgabe sehen sie darin, beständig zu stänkern. Sie lästern Mißtrauen, Feindschaft und Uneinigkeit und dabei spielen sie sich auf, als wollten sie nur das Beste des Verbandes. Für diese Mitglieder ist die Hauptsache das Kritizieren, etwas besser zu machen versuchen sie gar nicht erst. Sie benutzen ihre Organisation nicht, das Gute herauszufinden, um neue Mitglieder zu werben, sondern sie erschöpfen alle Vorkommnisse, die geeignet sind, ihre Organisation zu schädigen. Bei jeder Gelegenheit lassen sie ihre Ungleichgültigkeit mit der Organisation merken, so daß zahlreiche andere, namentlich neugewonnene Mitglieder, angezogen werden. In Versammlungen verlegen sie sich meistens aufs Prophezeien, daß die und die Sache schief geht, und wenn sie durch ihre verkehrte Prophezeiung andere angezogen und dadurch schließlich den Erfolg vereitelt haben, verlangen sie noch Anerkennung für ihre verkehrte Tätigkeit. Besonders bei einer Erhöhung der Beiträge sind diese guten Mitglieder in ihrem Element. Sie bringen hundert und tausend Gründe vor, um die Ungerechtigkeit einer Beitragserhöhung zu beweisen, betonen aber dabei, daß die diejenigen sind, die gegen den höheren Beitrag leisten.

Aber die ändern werden ihn nicht zahlen, sondern werden austreten, deshalb dürfte er nicht beschlossen werden. Ein Teil der Mitglieder spendet selbstverständlich diesen Ausführungen Beifall, und sie freuen sich darüber wie die Schneewitze, weil sie den Kollegen aus den Herzen gesprochen haben. Wenn dann später festgestellt wird, daß so und soviel ausgetreten sind, dann sind es gewiß wieder dieselben, die das größte Gejammer über den Unterstand der Zahlenschnittmenge anstimmen. Und dabei sind sie es doch selber, die das verurteilt haben. Anstatt Mitleid aufzurufen, tan sie das Gegenteil. Sie verlegen ihr Handwerk nicht bloß in die Versammlung, sondern jede nur irgend passende und unpassende Gelegenheit muß dazu herhalten, ihr Entschuldig an den Mann zu bringen. Im Betrieb, auf der Straße, am Bierisch, in Versammlungen, überall sehen sie ihr Handwerk im Bewegung, auf diese Art ihre „Pflicht“ als organisierte Arbeiter zu erfüllen. Da sie oftmals aber ein gut gebildetes Handwerk verfügen, wäre es der Organisation zum Nutzen, würden sie die Pflicht nach der anderen Seite anwenden. Mit solchen Mitgliedern fertig zu werden oder ihren Einfluß zu beschränken, ist nicht eben leicht. Es ist jedoch nicht angebracht, den Ausschluß solcher Mitglieder auf Grund des Paragraphen 14 des Statuts zu beantragen, denn dann spielen sie sich als Märtyrer auf, die nur das Beste für den Verband gewollt haben. Aber die Leiter der Organisation wollen die Wahrheit nicht hören, weil sonst ihre gemüthliche Arbeit in Frage gestellt ist. Wie schon oben angeführt, sind diese Elemente zu einer Mitarbeit innerlich ihrer Organisation nicht zu haben, aber trotzdem ist es angebracht, sie immer und immer wieder aufzufordern. Hilft es nichts, dann ist es nötig, diesen „guten Mitgliedern“ das Handwerk zu legen. Wenn das in jeder Zahlstelle geschieht, wird auch die Situation geringer werden. A. F., Mannheim.

Eigenartige Zeugnisse christlicher Liebe.

In Altmünster i. Ostf. wurde am 15. März 1907 von dem christlichen Gewerbeverein der Bauhandwerker ein Tarif auf zwei Jahre abgeschlossen, dessen § 9 folgendermaßen lautet:

„Die Arbeitgeber für das Baugewerbe zu Altmünster verpflichten sich, in erster Linie nur christlich organisierte Maurer, Zimmerer oder Arbeiter zu beschäftigen. Werden Nichtmitglieder der christlichen Organisation beschäftigt, so sind diese unter dem tarifmäßigen Lohne zu beschäftigen. Hierbei dürfen Nichtmitgliedern Gehalt werden kann, steht jedem Arbeitgeber frei, jedoch muß der Lohnsatz mindestens drei Pfennige weniger betragen, als im Tarif festgelegt.“

Brave Christen das! Aber nicht weniger als schlau. Denn sonst müßten sie wissen, daß eine derartige Bestimmung in einem Tarifvertrag für die Unternehmer ein steter Anreiz zur Einstellung unorganisierter Arbeiter ist. Und es ist sehr fraglich, ob die Organisierten immer imstande sind, das zu verhindern. Wegen die Mitglieder der freien Gewerkschaften ist der Passus natürlich gleichfalls gerichtet; aber auch gegen die doppelt frommen Glaubensgenossen der christlichen Gewerkschaftler, gegen die Mitglieder der katholischen Jungmännervereine. Und dabei stimmt die „Christliche Arbeiterorganisation“... Organ der Gemüthschristen, erst kürzlich eine bewußte Klage an über den Terrorismus, der bei Tarifverträgen geübt werde von den freien Gewerkschaften. O, diese Heuchler!

Der christliche Gewerkschaftsführer Hinterfeer wohnte bei einem Besuche des Berg- und Hüttenamts Amberg. Als ihm im März d. J. die Wohnung gelündigt wurde, glaubte er, daß die Beamten des Berg- und Hüttenamts dies veranlaßt hätten, weil sie auf ihn als christlichen Gewerkschaftsführer nicht gut zu sprechen seien. Er schrieb daher an den Bergmeister einen Brief, in dem er den Beamten Gemeinheit, Niedertrachtigkeit, Verächtlichkeit und Distanz hindere vorwarf und mit Schritten beim bayerischen Landtage drohte. In der Verhandlung konnte er nicht das geringste beweisen und wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Interessant war die Aussage eines als Zeugen benommenen alten Bahnwärters, dem gegenüber Hinterfeer zugeben mußte, daß er ihn wegen einer Sappalle beim Ministerium benutzte, ohne einen Grund dafür angeben zu können. Dies veranlaßte den Vorlegenden zu der Frage, ob denn die Christlichen nicht nach dem Grundjah handeln sollten: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst! Als diese Frage bejaht wurde, meinte der Richter: „Das ist mir eine saubere christliche Machtkantelie! Sie wollen ein Arbeitervertreter sein und diesen alten Mann um seine Ehre bringen?“

Die gemüthlichste „Germania“ schrieb vorige Woche zu den von der Kapitulantenpresse majestätisch aufgebauhten Krawallen am Wedding in Berlin:

„Man kann ein rüchlichstes Einverständnis gegen den sozialistisch vertriebenen Job nur wünschen... — Daß ein Krawallführer bei einem Krawall auch einmal einen Dieb abbezwangt, läßt sich gar nicht vermeiden. Die Hauptsache ist, daß Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten werden.“ In derselben Nummer verurteilt die „Germania“ den Text einer Predigt, die der Erzbischof Kay bei einer Kirchenversammlung in Spandau gehalten hat. Da liest man:

„Das Christentum hält hoch auch die wahre Weiblichkeit. Christus der Herr erklärt zu seinen Brüdern alle, die zu ihm halten. Das Christentum einigt die Glieder der Familie in brüderlicher Liebe, macht aus diesen Familien eine einzige große Gottesfamilie.“

Der Erzbischof christlicher Liebe erklart jedoch die „Allgemeine Arbeiter-Kommunisten“. Sie wünscht in einer Besprechung der oben erwähnten Krawalle einen Krieg herbei, um den Krawallführer abzusetzen, der nach der Meinung des frommen Pastorenblattes an derartigen Zusammenstößen die Schuld trägt. Sie schreibt:

„Gerade ein gutgeährtes Pferd wird „vom Haber gefressen“, und ein Volk, das 40 Friedensjahre hinter sich hat, verliert durch die Krawalle zu bauen, wenn es nicht in Schützengraben gegen den auswärtigen Feind kommt. Ist das ein Zeichen, daß das Reich bei uns wankt? Ich glaube kaum. Gest den Feinden eine andre Manantil und sie verrichten Wunder der Mächtigkeits, im Südwest hatten wir eine Menge ursprünglicher Sozialdemokraten unter dem unermüdbaren Kämpfern. Wir leiden ein Volksgang in jeder Dysantie. Darum schreiben wir nach Bewegung, damit das Blut wieder frisch kreise. In dem Moment, in dem ein Krieg ausbräche, gäbe es keine Krawalle mehr, — dann ist dieses Surrogat nicht mehr nötig.“

Eine merkwürdige Liebe, die von den Frommen wird und da im Sande gepredigt und geübt wird!

Aus der Papierindustrie.

Der Geschäftsgang in der Papierfabrikation.

Bessere Konjunktur im Papiergewerbe. — Ansfuhrsteigerung. — Vermehrte Arbeitsgelegenheit. — Stärkerer Papierverbrauch. Kurse und Dividenden. — Geschäftsbilanz.

Der Herbst bringt alljährlich für das Papiergewerbe eine Belebung des Geschäftes; in diesem Jahre geht der Aufschwung aber erheblich über den Grad der letzten Jahre hinaus. Die Papierindustrie hat nun nämlich auch Anteil nehmen können an der allgemeinen Wendung zum Besseren, nachdem die im Jahre 1907 hereinbrechende Krise teilweise sehr große Ausfälle im Gefolge hatte. Noch ein anderer Umstand ist maßgebend für die jetzige lebhaftere Beschäftigung in fast allen Zweigen der Papierindustrie. Der Zolltarif vom Jahre 1902 hatte besonders dem auf die Kurzhöhe von Qualitätspapieren angewiesenen Teile des Papiergewerbes schwere Wunden geschlagen. Die ihm bereiteten Hindernisse hat das Gewerbe so gut und so schlecht es gehen wollte zu überwinden verjucht. Wo es für bestimmte Papiere höher gezogene Zollmauern vorfand, die das Ausland als Antwort auf die von Deutschland vorgenommenen Erhöhungen errichtete, da suchte man mit den weniger belasteten Sorten einzubringen. Zu einem guten Teil ist dadurch die Ausfuhr minderwertiger geworden, das heißt, es werden weniger wertvolle Qualitäten ausgeführt. Da zudem die Krise die Preise überhaupt ziemlich erheblich zurückgeworfen hatte und eine Anerkennung der früheren höheren Preise noch nicht überall durchgeführt werden konnte, so hat sich der Ausfuhrdurchschnittswert pro Einheit nicht unbedeutend ermäßigt.

Dem Werte nach ist die Ausfuhr weniger gestiegen als der Menge nach. So hob sich für die ersten drei Quartale 1910 die Ausfuhr von Papier, Pappe und Waren daraus auf 3 494 396 Doppelzentner von 2 896 017 Doppelzentnern in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Steigerung macht 20,6 Prozent aus. Berücksichtigt man für die Vergleichsperiode die Werksommen, dann ergibt sich eine Zunahme von 144 Millionen Mark auf 159 Millionen Mark oder um 10,5 Prozent. An dem stärkeren Export sind vornehmlich chemisch bereitete Holzstoffe beteiligt. Die Ausfuhr in dieser Ware stieg von 288 894 Doppelzentnern auf 1 258 217 Doppelzentner. Der Auslandsabsatz von Postkarten, der besonders schwer durch die „Schub“-zollpolitik betroffen wurde, ist von 41 412 Doppelzentnern auf 28 469 Doppelzentner zurückgegangen. Die hier gezeigte Veränderung im Auslandsabsatz bedeutet selbstverständlich auch eine Verschlechterung der Position der Arbeiter. Einmal wirkt das Heruntergehen der Preise, wodurch man die ausländischen Einfuhrzölle auszugleichen sucht, von selbst lohnrückend, dann aber freck auch in den minderwertigen Sorten ein geringerer Lohnanteil als in den feineren Qualitäten. Volkswirtschaftlich ist es naturgemäß von Vorteil, wenn wir weniger Material, das wir im Hochzustande teilweise erst aus dem Auslande holen, dafür aber mehr Arbeitslöhne in hochwertiger Arbeit exportieren.

Ohne die unglückselige Schutzpolitik der Konservativen und der ultramontanen Partei würde demnach jetzt der Arbeitsmarkt für die Papierarbeiter sich noch viel günstiger gestalten haben und diese könnten mit größerem Nachdruck Forderung auf Verbesserung der Arbeitsverhältnisse erheben. Der Mangel muß durch gute Organisation, wovon unter den Arbeitern in der Papierindustrie aber leider erst sehr wenig zu merken ist, wieder ausgeglichen werden. Immerhin haben die Verhältnisse am Arbeitsmarkt sich schon wesentlich gebessert. Für das Papiergewerbe verzeichnen die Arbeitsnachweise die folgenden Ziffern: Es betrug im Monat September die Zahl der

	Arbeitsgesuche		offene Stellen	
	männliche	weibliche	männliche	weibliche
1909	1884	929	646	767
1910	1745	960	725	1248

Die Besserung ist unverkennbar. Die Zahl der Arbeitsgesuche hat, soweit männliche Arbeitskräfte in Frage kommen, nachgelassen, während die Zahl der offenen Stellen stark zunahm; ungewöhnlich stark ist der Begehrt nach weiblichen Arbeitskräften gewachsen.

Dabei war auch schon im August ein stärkerer Begehrt nach Arbeitskräften überhaupt zu konstatieren. Während im August v. J. auf je 100 offene Stellen 262,95 Arbeitsjüngende kamen, war der Andrang im gleichen Monat dieses Jahres auf 165,88 zurückgegangen. Die Verhältnisse haben sich in der letzten Zeit weiter günstig gestaltet.

Neben den unvermeidlichen Klagen über nicht genügend hohe Preise, die ja in der Unternehmervresse selbst in der allgünstigsten Zeit nicht verstummen, wird durchweg über flotten Geschäftsgang berichtet. Das Herbst- und Wintergeschäft hat recht lebhaft eingesetzt; besonders groß in der Nachfrage nach Druckpapier. In diesem Artikel dürfte sich vielleicht in der allernächsten Zeit eine Hochkonjunktur entwickeln, denn in parlamentarischen Kreisen rechnet man mit einer Reichstagswahl schon für den nächsten Winter. Jedemfalls können die Fabriken ihre Leistungsfähigkeit auf das Höchste anspannen und von den gangbarsten Sorten event. Lagerbestände anjammeln lassen; die nächste Wahl, die sicherlich eine Hochflut von Papier über das Land ergehen lassen wird, räumt zweifellos mit allen Vorräten auf. Vielfach

Und die Fabriken jetzt aber auch schon mit direkten Aufträgen überhäuft, so daß in manchen Fällen die Auftraggeber längere Lieferfristen zugestehen müssen. Besonders stark ist der Verkehr nach Zeitungsbuchbindern. Ferner werden, als Vorbereitung auf das Weihnachtsgeschäft, Postpapiere in erheblichen Mengen angefordert. Auch bei diesem Artikel mußten schon Aufträge bei längeren Lieferfristen erteilt werden. Schließlich ist auch für die feineren Papiere ein erheblich gesteigerter Verkehr zu konstatieren. Die lebhafteste Nachfrage hat natürlich auch das Preisniveau schon günstig beeinflusst. Daß man die Verhältnisse sehr günstig beurteilt, auf erhöhte Gewinne rechnet, beweist die Erwartung der Aktienkurve. Während sich im allgemeinen in der letzten Zeit eine rückläufige Bewegung bemerkbar macht, konnten die Papieraktien auch in den letzten Wochen noch Avancen verzeichnen, wie folgende Aufstellung ergibt, aus der man auch ein Urteil über die Entwicklung der Dividendenausstattungen gewinnen kann: Es notieren

Aktien	Kurs am		Dividenden		
	13. Sept.	2. Okt.	1907/08	08/09	09/10
Annendorfer	314,0	323,50	15	12	22
Waldenburger	137,5	137,25	8	8	8
Erdfelder Papier-	220,0	219,00	13	12	12
Feldmühler Zellulose-	181,25	186,80	12	7,5	10
Königsberger Zellulose-	307,5	306,00	20	20	20
Köppelner Zellulose-	227,75	234,75	16	14	12
Wagener Papier-	201,50	207,60	15	5	8
Waldhofer Zellulose-	259,00	262,00	25	25	15

Wenn man zu den Dividendenangaben noch berücksichtigt, daß nach den in den ersten drei Quartalen dieses Jahres bekannt gewordenen Abschlägen eine Durchschnittsdividende von 6,5 Prozent erzielt wurde gegen 5,9 Prozent, die von denselben Gesellschaften im Jahre vorher verteilt wurden, dann erhält man ein sehr freundliches Bild. Die Kursentwicklung läßt erkennen, daß auf eine weitere Steigerung der Gewinnausschüttungen gerechnet wird. Das kommt übrigens auch in den Geschäftsberichten über das Jahr 1909/10 in die Erscheinung.

Der Verein für Zelluloseindustrie, A.-G., Dresden, hat im letzten Jahre 13 825 094 Kilogramm Zell- und Holzstoff sowie 5 071 908 Kilogramm Papier produziert; das bedeutet gegenüber dem Vorjahre mit 11 311 270 Kilogramm resp. 4 359 957 Kilogramm Produktion eine erhebliche Steigerung. Der Reingewinn hat sich von 107 676 Mk. auf 165 644 Mk. für das neue Geschäftsjahr liegend, wie berichtet wird, größere Aufträge vor.

Bei der Annendorfer Papierfabrik ist der Produktionsgewinn von 3,7 auf 4,3 Millionen Mark gestiegen. Auf den von 341 358 Mk. auf 629 525 Mk. erhöhten Reingewinn werden 22 Prozent Dividende ausgeworfen. Der Geschäftsgang wird im allgemeinen als befriedigend bezeichnet; zu Beginn des neuen Jahres setzte sogar eine sehr lebhafteste Nachfrage ein.

Die Patentpapierfabrik zu Penig, die im Vorjahre 582 692 Mk. Reingewinn erbracht hatte, kann für das letzte Jahr einen Gewinn von 673 593 Mk. buchen und die Dividende von 9 auf 12 Prozent erhöhen. Auch hier werden die Aussichten als günstig bezeichnet.

Ueber schlechte Preise klagt die Gölzener Aktien-Papierfabrik, Halle; trotzdem gelang es, den Gewinn von 258 424 Mk. auf 284 903 Mk. zu erhöhen. Die Verwaltung macht keine Mitteilung über die Geschäftslage, wie sie sich nach ihrer Ansicht gestalten wird und wie sie sich im Auftragsbestande spiegelt.

Daß sie sehr flott beschäftigt sei und einen schlankeu Abgang erzielt, berichtet die Schleifische Zellulose- und Papierfabrik, A.-G., die im letzten Jahre 191 276 Mk. Gewinn erzielte und 7 1/2 Prozent Dividende verteilt gegen 6 Prozent aus 145 745 Mk. Reingewinn im Vorjahre.

Solche Gewinnsteigerungen und dazu Ausichten auf noch bessere Ergebnisse konstataren die allermeisten Berichte. Wo die Aktionäre Ursache haben, mit den Ergebnissen nicht zufrieden zu sein, da ist nicht die Marktlage, sondern irgendein anderer Umstand der Schuldhaber. So z. B. bei der Oberfelder Papierfabrik, A.-G. Hier ist das Ergebnis zurückgegangen, weil man auf einem Terrain in Schiedhof bei Berlin, das einem einflußreichen Ausschichtsratsmitglied der Gesellschaft gehörte und das von diesen zu einem viel zu hohen Preise erworben wurde, eine zweite Fabrik errichtete, die infolge der teuren Anlage Zuschüsse verlangt. Das sind gerade keine seltenen Fälle und da soll dann natürlich an den Arbeiterlöhnen gespart werden. Daß die Verhältnisse für die Papierindustrie sich im allgemeinen günstig gestalten haben, geht aus den Darlegungen mit genügender Sicherheit hervor. Es ist daher an der Zeit, von der Besserung auch die Arbeiter profitieren zu lassen.

Aus der Zement- und Ziegeindustrie.

— Ein Organisations-Journaldirektor.

Die rheinisch-westfälischen Ziegeleibehrer machen gegenwärtig bedeutende Anstrengungen, um möglichst die gesamte Ziegeleibehrer des Bezirks zu einem großen Ziegeleibehrer-Syndikat zu vereinigen. In den Verkaufsvereinen Bochum, Dortmund, Neudlinghausen und Witten hat sich denn auch bereits die Mehrzahl der Mitglieder für den Beitritt zu dem neuen Syndikat entschieden. Da aber nach dem provisorischen Statut für das Zustandekommen des Syndikats der Beitritt von 85 Prozent sämtlicher in den Bezirken Bochum, Dortmund, Essen, Serne, Liner, Hamm, Ahlen, Dorhanen, Neudlinghausen, Umm, Gelsenkirchen, Castrop und Witten gelegener Ziegeleien verlangt wird, so ist noch keine Sicherheit für das Perfektwerden des Syndikats vorhanden.

In dieser zweifelhaften Situation weist ein Interessent in der „Köpper- und Ziegeleibehrer-Zeitung“ auf das neue Exzellenzverfahren hin, das auch wir in der vorigen Nummer des „Proletariats“ besprochen haben. Durch dieses Verfahren, das durch Erwerbung eines Patents einer Ziegeleibehrer-Gesellschaft ist, sollen hiermit die Produktionskosten pro 1000 Steine um 3 bis 4 Mark reduziert werden. Es wird nun der Vorschlag gemacht, das neue Syndikat solle von der Köppler-Gesellschaft das alleinige Recht erwerben, das Exzellenzverfahren in seinem Bezirk anzuwenden. Das Syndikat würde dadurch in die Lage versetzt, die gesamte Konkurrenz der Ziegeleibehrer aus dem Felde zu schlagen; denn das Syndikat könnte bei niedrigen Marktpreisen noch

mit Gewinn arbeiten, während die anderen Ziegeleien dabei den Verlust erlitten. Das neue Verfahren würde also dem Syndikat ein Mittel liefern, das ihm die Möglichkeit gibt, die nicht angehörenden Ziegeleien entweder zu vernichten oder sie zum Beitritt zu zwingen. Es wird auch damit gerechnet, daß schon die Erwähnung des Exzellenzverfahrens genügt, um einen großen Teil der noch zögernden Ziegeleibehrer zum Beitritt zu bestimmen. Ferner ist auch damit der heutigen Redebeiträge begegnet worden, indem nach dem Platte des Berliner Ziegeleibehrer die kleineren Ziegeleien stillgelegt und die Ziegeleien entsprechend entzweit werden sollen.

Der ganze Plan läßt erkennen, daß die Ziegeleibehrer eifrig bemüht sind und jedes Mittel benutzen, ihre wirtschaftlichen Organisationen und damit ihre wirtschaftliche Macht auszubauen und zu stärken. Soll sich diese Macht nicht zum Schaden der Arbeiter auswirken, so ist es an der Zeit, durch eine mächtige Arbeiterorganisation ein Gegengewicht zu schaffen. Es wäre ein Armutsprogramm für die Ziegeleibehrer, wenn ihnen das nicht gelingen sollte.

— Preisrückerei in der Zementindustrie.

Seit einiger Zeit wird in der Zementindustrie über die schlechte Geschäftslage und die niedrigen Preise geklagt, die je auch in dem Rückgang der Dividenden zum Ausdruck kommen. Wie diese niedrigen Preise oft zustande kommen, zeigt das Ergebnis einer Untersuchung der Eisenbahndirektion Hannover. Die ausgeschriebene Lieferung bestand in 160 000 Zentnern Zement. Es beteiligten sich 14 Zementfabriken mit folgendem Angebot pro 1000 Kilogramm:

Hannoversche Portlandzementfabrik	21,—	Mk.	ab	Wrisburg
Wannlofer Portlandzementwerke	20,90	"	"	Wannlofer
Norddeutsche Portlandzementfabrik	20,85	"	"	Wrisburg
Portlandzementfabrik Almannia, Söder (Hann.)	20,80	"	"	Schöne
Portlandzementfabrik Teutonia in Wrisburg	20,35	"	"	Wrisburg
Portlandzementfabrik Hannover	19,12	"	"	Wrisburg
Portlandzementfabrik Wersfelingen	17,50	"	"	Wersfelingen
Portlandzementfabrik Germania in Wrisburg	17,50	"	"	Wrisburg
Portlandzementfabrik Kronberg	17,50	"	"	Wrisburg
Braunsch. Portlandzementwerke Salder	17,—	"	"	Derneburg
Müdesdorfer Portlandzementwerke	16,70	"	"	Schöneberg
Sächsl.-Thür. Portlandzementfabr. i. Schönebeck	15,60	"	"	Schönebeck
Wein-Exzell. Zementfabrik Bochum	15,50	"	"	Sörter
Exzellenz Kraft in Kragwitz b. Sietzin	12,50	"	"	Schöneberg

Das höchste Angebot hat mithin die Hannoversche Portlandzementfabrik mit 21 Mk., und das niedrigste das Eisenwerk Kraft mit 12,50 Mk. gemacht. Die Differenz zwischen diesen beiden Angeboten beträgt 8,50 Mk. pro 1000 Kilogramm. Letztere Fabrik kann also um 40,4 Prozent billiger liefern, als die erstere. Diese Differenz sind für die Arbeiter der Zementindustrie sehr lehrreich. Einmal ergibt sich daraus, daß die Preisrückerei nicht, wie oft behauptet wird, durch den ausländischen Zement herbeigeführt wird, sondern durch die deutschen Fabriken selbst, und dann, daß der Profit der Zementfabriken immer noch ein recht ansehnlicher ist. Denn es ist doch nicht anzunehmen, daß das Eisenwerk Kraft bei seinem Angebot von 12,50 Mk. kein Geld zulegt, sondern immer noch mit Verdienst arbeitet. Die Hannoversche Portlandzementfabrik aber hätte, im Falle ihr die Lieferung übertragen worden wäre, noch 8,05 Mk. pro 1000 Kilogramm oder insgesamt 80 600 Mk. mehr verdient. Wohl ist der große Preisunterschied zum Teil auf die verdrängte Qualität des Zementes zurückzuführen, die Beschäftigten sind aber mit geringen Anzeichenungen zufrieden. Das Durchschnittsangebot beträgt 18,06 Mk. Wenn man das Angebot des Eisenwerks Kraft um 5,56 Mk. unter dem Durchschnitt. Damit hat diese Fabrik von vornherein auf den Profit von 44 480 Mk. verzichtet. Wenn aber die Arbeiter einige Pfennige mehr Lohn verlangen, die insgesamt nur einige tausend Mark jährlich betragen, so können sie regelmäßig von den jammervollen Direktoren hören, daß die geringe Rentabilität des Betriebes eine Erhöhung der Löhne nicht gestattet.

— Jubiläumsgeschenke in feideren Zenteleien.

Der Ziegeleibehrer-Verein für den Regierungsbezirk Magdeburg und das Herzogtum Anhalt hielt, wie die „Lohnindustrie-Zeitung“ berichtet, am 22. Oktober in Magdeburg eine Versammlung ab mit der hauptsächlich Tagesordnung: Sommerausflug nach Berlin, die Arbeiterfrage und Nachfrage an fünf Arbeiter. Zum Punkt „Arbeiterfrage“ machte der Vorsitzende, Ziegeleibehrer E. Förster aus Magdeburg, auf die gelben Arbeitervereine aufmerksam, die 1906 auf nationaler Grundlage entstanden seien, um gegen die sozialdemokratische Strömung anzukämpfen, die jetzt stark im Wachsen begriffen sei. Auf Vorschlag beschloß der Verein, sich mit einem Jahresbeitrag von 25 Mark an der gelben Sache zu beteiligen, und zwar zur Erlangung von Druckschriften, die dann an die Arbeiter verteilt werden sollen.

Die schlauen Ziegeleier geben auf diese Weise die „Arbeiterfrage“ am liebsten zu lösen! In den letzten Jahren waren die Ziegeleibehrer durch ihre Organisationslosigkeit und die ungünstige Geschäftslage gezwungen, jede Verschlechterung willig hinzunehmen. Jetzt, wo diese beiden Faktoren zu weichen beginnen, bangt es den Ziegeleibehrer um ihren Profit. Sie möchten demselben auch in der jetzt aufsteigenden Wirtschaftskampfpunkt ungehindert einfließen, und so lassen die Arbeiter mit gelben Ziegeleibehrer abgefunden und zum Wege der Erkenntnis ferngehalten werden. Die Ziegeleibehrer streichen demnach die erhöhten Ziegeleipreise ein, die Arbeiter aber sollen um ihre wohlverdiente Lohn-erhöhung betrogen werden; statt Lohnaufbesserung gibt man ihnen Druckschriften — Märchenbücher für alle Kinder — in denen die Märchen von dem „Wohlfühlen der Arbeitgeber“, von der „Harmonie und Interessengleichheit der Arbeiter und Unternehmer“ erzählt werden. Daraus ergibt sich, daß die Denkfähigkeit der Ziegeleibehrer der oben bezeichneten Weise, von „ihren Herren“ ziemlich tief eingeschätzt wird. Mögen unsere Kollegen durch rührige Arbeit für unsere Organisation dafür sorgen, daß den Schurkungen in genannter Beziehung bald eine gegenteilige Auffassung beigebracht wird.

Auch dieser Lösung der Arbeiterfrage, kann die vom Ziegeleibehrer Förster gefasste und in 3 Herzen gehende Aufgabe an fünf Arbeiter, die 25 Jahre in ein und derselben Ziegelei tätig waren. Herr Förster führte in seiner Rede darauf an, die fünf Arbeiter hätten damit bewiesen, „daß es auch noch pflicht- und arbeitsstrenge Arbeiter und wahlvolle Arbeitgeber gibt“. Wir wollen das gern anerkennen, denn beide Parteien haben das Gejagte tatsächlich bewiesen. Die fünf Ziegeleibehrer, die in Magdeburg, Emmelsleben, Königsaue und Witten in Arbeit standen, haben 25 Jahre lang, teilweise sogar noch länger, billig und willig ihre Gesundheit in den Dienst „ihrer Herren“ gestellt. Wir sagen „billig und willig“, denn das ist bei Arbeiterlöhnen in der Ziegeleibehrer-Industrie. Die Ziegeleibehrer haben das angeführte Wohlfühlen natürlich doppelt bewiesen. Sie haben den Arbeitern vor allem Verdienst, der, wenn auch ziemlich gering bemessen, immerhin eine wesentliche Beihilfe zu ihrer Wohlstandsbildung bildet. Und nun auf der Wagnis der Ziegeleibehrer-Versammlung sollten sie auch noch öffentlich bezeugt, belohnt, beehrt und photographiert werden. Wahr kann man wohl nicht verlangen. Dafür kann man wohl ad und zu den Leidensorten etwas enger stehen oder den Dreck höher hängen.

Oben berichtet wird den Ziegeleibehrer dieser Jubeltag, an dem sie so viel Gutes und Schönes gesehen und erfahren, für immer im Gedächtnis haben. Nach 25jähriger harter Arbeit konnten sie endlich einmal einen Tag wie die Ziegeleibehrer leben; allerdings nicht auf ihre eigenen Kosten, denn sobald hat ihre Arbeit auch nicht erbracht, sondern nur der „wohlwollenden“ Ziegeleibehrer. Nach Beendigung der „herzergreifenden“ Predigt des Herrn Förster ging das Bejahren los. Die fünf pflicht- und arbeitsstrenge Arbeiter erhielten nun in feierlicher Weise eine Papprolle überreicht, die ein „farbiges Ehrenpölm“ barg. Dann kam ein „feines“

Ein mit der Vereinsdenkmünze, die am „blauen geklammerten Bande“ getragen wird, und schließlich ein „feineses Zuteilehen“ mit einem Geldbeutel. Wie hoch das Geldgehalt war, wird nicht angegeben. Möglicherweise reichte gerade zu einem neuen Hungerstreik. Die feindlichen Ziegeleier aber lassen darauf schließen, daß es ein größerer Betrag war, den die Ziegeleibehrer nur in edler Schamhaftigkeit verschweigen. Während des nun folgenden Festmahls, das eine „vortrefflich ausgeführte Speisenfolge“ aufwies, wurden die Ziegeleibehrer nach angetoastet, dann wurden sie die Pausenmutter, die gerade Geburtstag hatte, anzusehen helfen und schließlich erhielten sie zu einer Tasse Kaffee ein Stück von dem großen Baumkuchen, den Herr Förster geküsst hatte.

Nach dem Schmaus ging's zum Photographieren. Nein, diese Ehre! Gemeinlich mit den Ziegeleibehrer wurden die fünf Ziegeleibehrer photographiert! Das ist doch sicher der Gipfel des Wohlwollens! Soll nun noch einmal in ein Gezer sagen, die Ziegeleibehrer betrachteten ihre Arbeiter als Arbeiter!

Den Schluß der Fier bildete eine Fahrt nach dem Heimmiesenpark, um den Besitzern der Flugmaschinen zu wohnen. In dem Bericht heißt es dann: „Die Jubiläre fanden somit Gelegenheit, etwas für sie ganz Besonderes zu sehen und dabei darüber zu berichten.“ Gewiß, die Arbeiter haben einmal gesehen, wie die „wohlwollenden“ Ziegeleibehrer bei den jetzigen „schlechten“ Zeiten leben, und wir hoffen, daß sie das ihren Arbeitskollegen dabei getreulich berichten. Ein Vergleich mit ihrer eigenen Lebenshaltung wird sie zweifellos zu dem Bewußtsein bringen, daß sie trotz ihrer schweren Arbeit ein wahres Hundeleben führen. Wenn sie dann noch den Weg zur Organisation finden, so können auch sie in absehbarer Zeit ihre eigene Lage etwas besser machen und auf den edelsten Jubiläumsholocaustus, der einer Verhöhnung der Arbeiter gleichkommt, verzichten.

— Unternehmer-Rache.

In der Köpplerischen Ziegeleierlei in Wiegitz standen bekanntlich diesen Sommer die Arbeiter im Streik. Obwohl diese Bewegung durch den schätzlichen Beirat der Tisch-Bauerischen nur einen Teilerfolg brachte, so hatte doch die Firma einen großen Schaden dadurch erlitten, daß für viele Waren nicht rechtzeitig liefern konnte. Schon immer versagte man die Arbeiter und ihre Organisation mit einem gewissen Maß. Um sich jetzt aber an den Arbeitern, die aufgebeht haben zu rächen, greift man zu Mitteln, die von sehr kleinlicher Gesinnung zeugen. Als nach beendeter Streik ein Arbeiter, der wieder in Arbeit kam, sich krank meldete, schrieb der Betriebsinspektor Kurz folgende Bemerkung auf den Krankenchein: „Wegen Streikens noch arbeitslos.“ Vom Arzt auf diese Bemerkung aufmerksam gemacht, verlangte der Arbeiter einen andern Krankenchein. Hierauf schrieb Herr Kurz auf denselben Schein nachstehendes:

„Der p. S. . . hat Arbeit aufgenommen, ist Arbeit überhaupt nicht mehr gemacht und scheint sich auf eine gewisse Zeit noch etwas Verdienst durch Kranksein beschaffen zu wollen. Herr Doktor, bitte das zu beachten.“

Der Arbeiter wurde denn auch nicht erwerbsunfähig geschrieben, obwohl er sich tatsächlich krank und arbeitsunfähig fühlte. Dreißig Jahre hat der Arbeiter für die Firma gearbeitet. Weil er aber mit seinen Kollegen Solidarität übte, so soll er jetzt dem Hunger überantwortet werden; denn Herr Kurz sagt, der Mann kann zwar nicht arbeiten, aber er darf kein Krankenlohn bekommen. Groß ist der „Segen“ der Betriebskrankenkassen! Noch größer die Mitleidsbereitschaft des Herrn Kurz!

Ein anderer Fall, der nicht minder die öffentliche Kritik herausfordert und von kleinlicher Rachezeugt, ist folgender: Den Arbeitern der genannten Firma wurde um die Ziegelei liegendes Gelände aufgekauft, damit sie es bebauen. Für dieses Land benötigten die Arbeiter nicht zu bezahlen. Es brachte aber auch wenig ein und verursachte viel Arbeit. Im ganzen Sommer quälten sich die Arbeiter auf diesen unfruchtbaren Schollen, um wenigstens im Herbst ein paar Kartoffeln zu ernten. Als aber der Streik ausbrach, wurde es den Leuten verboten, die Früchte ihrer harten Arbeit zu ernten, ohne sie dafür zu entschädigen. Einige Leute, die es dennoch taten, denunzierte Herr Köppler der Staatsanwaltschaft, mit dem Erfolg, daß jeder dieser „Hilfsleiter“ ein Strafmandat von 3 Mark erhielt. Herr Köppler, der Willkür, läßt die armen Leute bestrafen, weil sie die paar Kartoffeln haben, für welche sie Arbeit, Zeit und Geld geopfert haben. Herr Köppler, der „Wohlfühler“, erkräftigt hier in seiner ganzen Glorie!

Die Wohlhabereinrichtungen bedeuten — wie schon oft gesagt — Wohlleben für den Unternehmer und Plaud für den Arbeiter. Wenn die Firma Köppler aber glaubt, durch solche Mittel den Arbeitern das Rückgrat zu brechen und sie der Organisation zu entziehen, so ist sie auf dem Holzwege. Je mehr man die Arbeiter schikariert, desto mehr werden sie sich zusammenschließen, um endlich einmal der Tyrannenmacht eine Grenze ziehen zu können.

Streiks und Lohnbewegungen.

— Halle a. S. Am 3. November legten von 105 Arbeiterinnen der Halleischen Zuckerfabrik 93 die Arbeit nieder; der Grund hier für eine Lohnreduktion, die für einzelne bis zu 5 Mk. pro Woche betrug. Am 5. November wurde die Arbeit wieder aufgenommen, nach einem Vergleich vor der hiesigen Gewerbeinspektion, welche von der Direktion zur Beilegung angetrieben worden war. Erreicht wurde hierbei, daß die Lohnreduktion zur Hälfte wieder zurückgenommen wurde, die Zuständigen wurden ohne Ausnahme wieder eingestellt und Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden, weder bei Männern, noch bei Frauen. Weiter ist der Lohn für alle die Arbeiter, wo derselbe 30 Pf. betrug, auf 32 Pf. festgelegt worden. In der nächsten Kampagne sollen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse hinsichtlich geregelt werden.

— Gleditz. Einen schönen Erfolg haben unsere Kolleginnen in der Beschäftigtenaktion von Fietzen u. Albers, J. Kopf Nachfolger, in Gleditz durch ihr einmütiges, solidarisches Handeln erzielt. Am 18. Oktober wurde der Firma eine Forderung auf Erhöhung der Altbücherei, Bezahlung von Stundenlöhnen für das Reinigen des Kupfraumes und sonstige Kleinigkeiten unterbreitet. Die Firma ließ diese Forderungen vollständig unberührt. Dem Ganzen, der auf Erhalten der Kolleginnen vorstellig wurde, erklärte man kurz: Wir haben mit Ihnen nichts zu tun, sondern nur mit untern Arbeiterinnen! Diese Erklärung fassten die Kolleginnen selbstverständlich so auf, daß der Unternehmer bereit sei, mit ihnen über die geforderten Forderungen zu verhandeln und auch Zugeständnisse zu machen. Aber weit gefehlt! Einer Kommission, die vorstellig wurde, teilte man kurz und bündig mit: „Bewilligen werden wir weiter nichts, als die Bezahlung für das Reinigen des Kupfraumes.“ (Bisher mußte unvollständig gereinigt werden.) Dann ließ es noch: „Was es dann nicht paßt, der kann gehen.“ Darauf verließen die Arbeiterinnen einmütig den Betrieb mit dem festen Vorsatz, das Schicksal ihres Arbeitsgehalts nicht eher wieder anzuhängen, bis die Forderungen zu ihrer Zufriedenheit geregelt sei. Als der Ganzen nunmehr wieder anfragte, ob die Firma bereit sei, mit ihnen zu verhandeln, erhielt er eine heisende Antwort. Nach langen Verhandlungen gelang es denn auch, eine Einigung zu erzielen. Es wurde ein Tarif auf 3 Jahre abgeschlossen. Nach diesem Tarif werden die Altbücherei wie folgt festgelegt: Der Kupflöcher für eine Ganze Nr. 1 beträgt 25 Pf., höher 25 Pf., für eine inwendige Ganze Nr. 2 20 Pf., höher 15 Pf., für eine Ganze 10 Pf., höher 7 1/2 Pf., das Nacharbeiten der Flügel 4 Pf., höher 2 1/2 Pf., für Räder 4 Pf., bis 3 Pf. Außerdem wird, wie oben erwähnt, für das Reinigen des Kupfraumes Stundenlohn bezahlt, der für Arbeiterinnen über 18 Jahre auf 30 Pf. und für Arbeiterinnen unter 18 Jahren auf 25 Pf. pro Stunde festgelegt wurde. Durch diese Abmachungen haben die Kolleginnen eine wesentliche Erhöhung ihres Lohnes erzielt. Wenn auch für Ganze Nr. 1 nichts erzielt werden ist, so machen die Zugeständnisse doch eine erhebliche Mehrmaßnahme für die Arbeiterinnen aus.

Korrespondenzen.

Hugoburg. Die Wolfram-Altengemeinschaft hat für ihren Betrieb eine neue Arbeitsordnung erlassen, ohne die Arbeiter vorher zu hören, obwohl die Gewerbeordnung das ausdrücklich fordert.

Der durch Sperrdruck hervorgerufene Satz sagt alles! Die Arbeiter sollen ihre Mitarbeiter benutzieren. Wahrscheinlich hat die Firma solche im Auge, die einmal ihre Mitarbeiter zum Eintritt in den Verband auffordern.

Dem Herrn Betriebsleiter Waldbaus will es gar nicht in den Kopf, daß die Arbeiter gegen seine Arbeitsordnung protestieren. Er meint nämlich: „Erfüllt wollen sie eine Arbeitsordnung haben, nun haben sie eine, nun sind sie wieder nicht zufrieden.“

Die überwiegende Mehrzahl der hiesigen Meister ist bereits organisiert und wünscht nun, daß ihre Herren Gehilfen sich ebenfalls einer der bestehenden Organisationen anschließen möchten.

Rundschau.

Unternehmer für die Organisation der Arbeiter.

Die organisierten Unternehmer des Malergewerbes in Worms haben an die Gehilfen ein Zirkular verfaßt, in dem es unter anderem heißt:

Die überwiegende Mehrzahl der hiesigen Meister ist bereits organisiert und wünscht nun, daß ihre Herren Gehilfen sich ebenfalls einer der bestehenden Organisationen anschließen möchten.

Zu unserer am 12. August l. J. stattgehabten außerordentlichen Hauptversammlung wurde deshalb der einstimmige Beschluß gefaßt, vom 1. Januar 1911, von wo an wir wiederum einen Pfennig Lohnzuschlag pro Stunde zu zahlen haben, nur noch organisierte Gehilfen einzustellen.“

Dem Zirkular waren die Adressen der Bezirksleiter der drei Verbände für Maler (freie, christliche, kirchlich-demokratische) beigelegt. Grund dieser Aufforderung ist die Erkenntnis, daß die Durchführung des Reichstanzes Strafrecht Organisationen auf beiden Seiten erfordert.

Der Rückgang des Viehantriebs.

Die amtlichen Berichte über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau Preussens für das dritte Vierteljahr 1910 zeigen gegen dieselbe Zeit des Jahres 1909 mit zwei Ausnahmen einen starken Rückgang der Zahl der untersuchten Tiere, also einen Rückgang des Viehantriebs auch zu den Schlachthöfen, die ja als Fleischlieferanten der großstädtischen Bevölkerung ausschließlich in Betracht kommen.

Der Kongreß der Separatisten in Oesterreich.

Am 31. Oktober begann in Prag der Kongreß der tschechischen Gewerkschaften in Oesterreich. Er sollte Stellung nehmen zu den von den Reichsgewerkschaften angebotenen Einigungsverhandlungen, namentlich zu der auf dem Kongreß der österreichischen Gewerkschaften in Wien angenommenen Resolution.

Kritische Jugendzucht.

Die jüngsten Söhne von Dorn, Mann und Göttsch hantieren in letzter Zeit mit geradezu schrecklichem Eifer die freie Jugendzucht. Obwohl die Unternehmungen als auch die Befehle werden zum Zweck, gegen die freien Jugendzuchtvereine zu wirken.

Parteilag ein Delegierter machte und wonach die Mitglieder des katholischen Jünglingsvereins in den Fabriken in Wachen für die Auspielung von sechs Flaschen Schnaps verkauft.

Zu der oben erwähnten Schnapsverlosung in Wachen bietet die Rekrutenabschiedsfeier im katholischen Jünglingsverein an St. Severin in Wien ein Seitenstück. Dort wurden den zum Militär eingezogenen Mitgliedern viele „gute Ratsschläge“ mit auf den Weg gegeben.

Zwei Mark zwanzig kriegt Du Lohn. Lauf dann schnell in Kantin! Kauf ja viele Schabauer! (Schnaps) Fresso fatto für zehn Tage, Nur verberbi mit die Magi!

Wir danken vor solcher Erziehung Arbeit. Man halte einmal das Programm irgendeiner Veranstaltung der freien Jugendorganisationen dagegen, man beachte auch den energischen Kampf gegen den Alkohol in diesen Organisationen und man wird sehen, wo Erziehungsarbeit geleistet wird und wo nicht.

Wie der Konsumverein wirkt.

Die „Westdeutsche Volkszeitung“ berichtet aus Niederrhein: Eine angenehme Ueberraschung wurde der Bürgerschaft des Städtchens Niederrhein zuteil, als dieser Tage durch die Schulleitung bekannt wurde, daß von heute an alles frische Fleisch wie Wurst um etwa 25 Prozent im Preise herabgesetzt worden sei.

Der Konsumverein, der diese, allen Fleischkonsumenten sicherlich recht angenehme Preisermäßigung bewirkte, ist der Konsumverein für Gummersbach und Umgegend.

Bei der Gewerbeberufswahl für Arbeitgeberbesitzer in Berlin entfielen von 5 914 abgegebenen Stimmen 4 135 auf die bürgerliche Liste und 1 779 Stimmen auf die Liste der freien Arbeitgeber. Dem Gewerbeberuf gehörten bisher 19 freie Arbeitgeber an, 4 schieden aus und 21 wurden diesmal neu hinzugezählt, so daß die Zahl der freien Arbeitgeberbesitzer jetzt 36 beträgt.

Arbeiter-Rückensattel.

Der Fabrikant Peters in Newigsh hat die Menschheit mit einem Kochbuch beglückt, das geeignet ist, die Sorgen der Hausfrauen, wie sie mit ihrem Wohlgehalt auskommen sollen, mit einem Male zu beseitigen.

- Sonntag: 3 Pfund Sauerkraut 9 Pf., 5 Pfund Kartoffeln 15 Pf., 1/2 Pfund frischer Speck 20 Pf., Summa 44 Pf.
Montag: 1 1/2 Pfund Erbsen in Suppe 25 Pf., 6 Pfund Kartoffeln 18 Pf., 1 Pfund frische Schweinefleisch 4 Pf., Summa 47 Pf.
Dienstag: 1/2 Pfund Gerste in Suppe 10 Pf., 6 Pfund Kartoffeln 18 Pf., Wurstbrühe oder Buttermilch 7 Pf., Summa 35 Pf.
Mittwoch: 1 1/2 Pfund weiße Bohnen in Suppe 24 Pf., 5 Pfund Kartoffeln 15 Pf., Del und Zwiebel 4 Pf., Summa 43 Pf.
Donnerstag: 7 Pfund Kartoffeln 21 Pf., Zwiebelauce mit Del 4 Pf., 1 1/2 Pfund Panhas 20 Pf., Summa 45 Pf.
Freitag: 4 Pfund Kartoffeln 12 Pf., 1 Pfund Buchweizenmehl in Pfannkuchen 20 Pf., Fett zu Suppe und Del zu Kuchen 7 Pf., Summa 39 Pf.
Sonntag: 1 1/2 Pfund Reis in Suppe 9 Pf., 5 Pfund Kartoffeln 15 Pf., 1 Liter Wurstbrühe 4 Pf., Summa 28 Pf.

Für die ganze Woche zusammen erfordert das eine Ausgabe von 281 Mk! — Wenn der schlau Fabrikant mit seiner Familie nur eine Woche hindurch diesen Rückensattel praktisch erprobt hat, wird ihm wohl die Lust und die Freude dazu vergehen, für die Arbeiter einen derartigen Schweinefleischersatz für ausreichend und gut genug zu empfinden.

Eingegangene Schriften.

Die Gewerkschaften. Einem vielfach geäußerten Wunsche beginnt die Zentralkommission für das Bildungswesen der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich zu entsprechen, indem sie die Veröffentlichung einer Sammlung von Unterrichtsleitungen in Angriff genommen hat.

Die Schrift, die 54 Seiten stark ist, ist für gewerkschaftliche Organisationen zum ermäßigten Preise von 40 Hellern (40 Pfennigen) durch Genossen Robert Danneberg, Wien, V., Wienstraße 89 A zu beziehen. Der Betrag samt Porto kann in Reichsmark geleistet werden.

Verbandsnachrichten.

Die Adresse des Vorstandes ist: August Brey, Hannover, Nikolaistraße 7, Mittelhaus, 2. Etage.

Ausfretung. Die Stelle eines Sekretärs für das zu errichtende statistisch-literarische Bureau wird hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben.

Zu der Aufgabe des Sekretärs gehört es, gewerkschaftliches, statistisches, hygienisches, volkswirtschaftliches Material zu sammeln, zu sichten und für den Gebrauch zur mündlichen und schriftlichen Agitation zweckentsprechend zu bearbeiten.

Die Bewerber müssen Mitglieder des Verbandes sein und haben eine schriftliche Schilderung ihres Lebenslaufes und ihrer seitherigen Tätigkeit einzufenden; dabei sind auch Angaben über das Alter zu machen.

Die Statistiken im Dienste der Gewerkschaftsbewegung einzufenden.

Die Aufstellung erfolgt nach den Beschlüssen des Leipziger Verbandstages.

Die Bewerbungen müssen bis zum 30. November an die Adresse des Unterzeichneten eingekandt werden. Hannover, 14. November 1910.

Für den Vorstand: Aug. Brey, Nikolaistraße 7, Mittelhaus, 2. Etage.

Vom 8. November an gingen bei der Hauptkass folgende Beträge ein:

- Ludwigshafen 2000,—, Dresden 1600,—, Stuttgart 1500,—, Lägerdorf 600,—, Langelsheim 200,—, Eyrha 100,—, Leipzig 1200,—, Mannheim 1000,—, Königsberg 500,—, Hildesheim 400,—, Nürnberg 400,—, Waltershausen 400,—, Grimma 201,—, Bayna 200,—, Reig 200,—, Sulgau 134,06, Nebenstellen 63,80, Großbrenn 34,24, Harburg 12,—, Ludwigshafen 11,—, Söck am Main 4047,85, Katbe a. S. 545,44, Kolberg 500,—, Walsgait 500,—, Freiwaldau 449,56, Preigwall 13,26, Wolbeg 250,—, Hartha 200,—, Frankfurt a. M. 3903,65, Plaunder Grund 1000,—, Erfurt 200,—, Rüdchen 4000,—, Harburg 2500,—, Tüft 1200,—, Varch 300,—, Glauchau 200,—, Arnstadt 100,—, Essen a. d. R. 6,50, Miesbach 1,—, Meßen 1,—.

Schluß: Montag, 14. November, mittags 12 Uhr. Fr. Druns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 3. Quartal 1910 haben eingekandt: Freiburg i. Br., Frankfurt a. M., Freiwaldau, Sulgau, Preigwall.

Zustimmung zur Erhebung von Extrabeiträgen. Heidenheim. 5 Pf. pro Woche und Mitglied.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

- Bücher: Nr. 369 558 für Frau Stolte, eingetreten am 20. Juli 1909 in Braunschweig. Nr. 33 795 für S. Wittkopf, eingetreten am 1. Dezember 1901 in Bremen. Nr. 59 580 für Martin Reiß, eingetreten am 1. Februar 1906 zu Weichenborn. Nr. 46 095 für Jakob Rohrbacher, eingetreten am 12. März 1905 in Bierheim.
Karten: Nr. 71 324 für Albert Wierzbinski, eingetreten am 23. Januar 1910 in Freiwaldau. Nr. 52 671 für Carl Wenzel, eingetreten am 4. Februar 1910 in Lägerdorf. Nr. 122 041 für Christian Ugerath, eingetreten am 25. September 1910 in Köln a. Rh. Nr. 54 772 für Wilhelm Wähler, eingetreten am 21. Juli 1910 in Lahr i. B. Nr. 48 740 für Ludwig Stahlheber, eingetreten am 1. August 1909 in Stuttgart.

Eingegangen ist die Zahlstelle Preigwall.

Ausgeschlossenen auf Grund des § 14 des Statuts ist das seitherige Mitglied der Zahlstelle Einshorn Friedrich Gaubed, Buch-Nr. 46 999, eingetreten am 23. Mai 1904, das bisherige Mitglied der Zahlstelle Grunna i. S. Louis Schumann, Karten-Nr. 65 918, eingetreten am 20. November 1909 und das seitherige Mitglied der Zahlstelle Gerthacht Adolf Götter, Buch-Nr. 106 781.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen. Eugen Reinhold Müller jr., Barfüßerstraße. Gaiger (Weiterwald). Gau 11. A. Birtelbach. Witten. Das Verteilungsbüro befindet sich bei Herrn B. B. Meyer, Ardenstraße. Burzbad (Neuh). Gau 8. Albert Greiner, Süßweg 188. Zerbst. Otto Adolph, Langestraße 23.

Protokoll vom 10. Verbandstag. Preis 15 Pf. Zu beziehen durch die Ortsverwaltungen.

Aus der chemischen Industrie.

Betriebsüberwachung in der chemischen Industrie durch die Berufsgenossenschaft.

I.

Zur Durchführung der erlassenen Unfallverhütungsvorschriften hat die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie 12 eigene Aufsichtsbearbeiter zur Verfügung, die im Jahre 1909 von 8702 vorhandenen Betrieben 4547 revidierten. Es ist selbstverständlich, daß sich diese von den Unternehmern besoldeten Aufsichtsbeamten der Arbeiterinteressen noch weniger annehmen als die staatlich besoldeten Fabrikinspektoren. Wenn deshalb der Bericht darüber klagt, daß die Versicherten, soweit sich der Verkehr mit ihnen bot, nur geringe Teilnahme an der Verhütung von Unfällen zeigten, so ist das u. E. mehr Voreingenommenheit als Erfahrung. Wenn sich, wie der Bericht vermerkt, stets der Unternehmer oder ein Vertreter desselben an der Befichtigung beteiligt, hält natürlich die Furcht vor schlechter Behandlung, Schikane oder Entlassung die Arbeiter meistens davon ab, das so notwendige „Interesse an den Tag zu legen“. Daß Mißstände vorhanden sind, beweisen die zahlreichen Berufsgenossenschaftlichen in der Presse, und auch der diesjährige Bericht läßt zwischen den Zeilen durchblicken, daß noch vieles, besonders in den kleineren Betrieben, im argen liegt. So fehlt es vor allen Dingen an der nötigen Aufklärung der Arbeiterschaft durch die Unternehmer. Der Bericht klagt ferner darüber, daß die Unfallvorschriften nicht genügend gelesen werden. Das Interesse für diese zweckmäßigen Erlasse wird aber erst durch die stets wachsende Organisation der chemischen Arbeiter geweckt und gefördert werden.

Lebhafte Klage führt der Bericht über das Fehlen von Schutzvorrichtungen an Riemenrädern, Nieren, Zahnrädern und sonstigen Antriebsteilen. Hinter Schwungrädern sind oft enge Winkel, welche zur Aufbewahrung von Fußwolle, Deltarnen und notwendig gebrauchten Werkzeugen dienen. Der Maschinist hat stets die Gefahr vor Augen, beim Hervorholen der Werkzeuge verletzt zu werden. Beim Nagen dieses Mißstandes heißt es gewöhnlich: „Da kommt ja „nur“ der Maschinist hin!“ Mangelhaft war der Standplatz der Gefäße mit heißen oder ätzenden Stoffen; wacklige, ausgetretene, schmale Trittleitern, umgekehrte Risten u. a. dienten häufig als Podest. Weiter verzeichnet der Bericht ungenügende Abdeckungen von Kondenswasserfammelgefäßen, schlechte oder gar keine Einfriedigung niedriger Pfannen mit heißem Inhalt. Fahrstühle mit Hubtären sind immer noch im Gebrauch und die regelmäßige Prüfung der Aufzüge wird oft unterlassen. In einigen Fällen wurden Mängel an Dampf- und Druckgefäßen trotz Aufforderung zur Beseitigung der Fehler erneut im alten Zustande vorgefunden. In den Seifenfabriken fehlte wiederholt die Schutzvorrichtung an Seifenpressen. In Mineralwasserfabriken fehlten Schutzbrillen und Schutzhandschuhe oder, falls solche vorhanden, befanden sie sich in einem mangelhaften Zustande. Mehrfach mußten Unternehmer ermahnt werden, der Sektion schriftlich mitzuteilen, daß die vorgefundenen Mißstände beseitigt worden wären; eine größere Anzahl Unternehmer wurde in Strafe genommen wegen Lässigkeit in der Ausführung. — Das zeigt keineswegs von „großem Interesse“ dieser Unternehmer. Um Verbesserungen haben sich fast nur Großbetriebe bemüht. Der Bericht fordert ganz richtig,

daß dem neugestellten Arbeiter auf längere Zeit ein älterer beigegeben wird. Leider gibt es eine ganze Anzahl Betriebe, in denen es überhaupt kein Arbeiter länger aushält, weil für die schädliche Arbeit der Lohn zu niedrig, die Arbeitszeit zu lang ist. Der Vermerk, daß die Arbeiter der Unfallverhütung feindlich gegenüber stehen, mag zutreffen; aber diese Feindschaft rührt nur von den Mängeln her, die diesem Gesetz anhaften, wie Ausschaltung der Arbeiter bei der Ausführung derselben und die energisch betriebene Rentenquetscherei an armen Berlegten. Wenn diese Auswüchse von der Arbeiterschaft bekämpft werden, so ist das erklärlich, ja selbstverständlich.

Eine Anzahl Abbildungen demonstriert die Zweckmäßigkeit neuerfundener Schutzvorrichtungen. Um ein sicheres Arbeiten an den Pressen für Patronen zu ermöglichen, wurde eine Verlängerung mittels durchlöcherter Bronzeplatten angebracht. Eine automatische Abfüllmaschine für Mineralwasser der Firma Noll in München gibt einen größeren Schutz und ermöglicht ein rascheres Arbeiten. Um die Arbeiter vor den schädlichen heißen Naphthylaminämpfen zu bewahren, haben die höchsten Farbwerke eine sinnreiche Abfüllvorrichtung konstruiert. Die Anlage ermöglicht es, daß das Abfüllen vollständig unter Abschluß vor sich geht, ohne daß die Arbeiter irgendwie mit der Flüssigkeit oder den von ihr ausgehenden Dämpfen in Berührung kommen. Erst nach Erstarrung verläßt das Produkt die Apparatur. Eine gleichfalls gute Abfüllvorrichtung hat die Firma konstruiert beim Umfüllen von Farbe in die Fässer. Das zu füllende Faß und auch der Behälter für Farbe werden mit der beweglichen Saugvorrichtung verbunden, welche die aufwirbelnden Staubteilchen mit sich reißt. An einem Druckmessapparat für Schießpulver wurde am Verschlusskopf ein Glasfenster angebracht, welches die Anlösung des kupfernen Prüfungszyllinders nach Verschluss der Patronenlampe verhindern soll.

Durch Auflegen des Riemens während des Betriebes sind zahlreiche Unfälle vorgekommen. Der Bericht schiebt auch hier den Arbeitern meist die Schuld zu. Berücksichtigt man jedoch, wie die Verhältnisse sich gewöhnlich im Betrieb durch Einführung der Akkordarbeit und des Prämien Systems gestalten, so wird die Schuld auf die Unternehmer zurückfallen, weil sie es meisterhaft verstehen, die Löhne so niedrig zu schrauben, daß es den Arbeitern kaum möglich ist, den Verlust an Arbeitslohn bei Abstellung des Betriebes zu tragen. Wird in Tagelohn gearbeitet, dann sorgen gewöhnlich andre Antreiber dafür, daß der um seine Gesundheit besorgte Arbeiter als „Quertreiber“ hingestellt wird. Die Situation ändert sich entschieden in gut organisierten Betrieben, dort wird es dem einzelnen eher möglich sein, mit Nachdruck auf die erlassenen Vorschriften der Berufsgenossenschaft und der Firma hinzuweisen.

Mehrere Unfälle ereigneten sich an Kollergängen, Transportknecken und Gummwalzen. — Einem Arbeiter wurden in einem Falle beide Hände abgequetscht. Die Untersuchung ergab, daß die Ausrückvorrichtung trotz mehrmaliger Hinweis der Arbeiter, nicht in Ordnung war. Wie manche Unternehmer leichtfertig handeln, zeigt die Revision einer Gummwarenfabrik. In dieser Druckbude war ein Drittel sämtlicher Ausrückvorrichtungen nicht in Ordnung, trotzdem kurz vorher ein Arbeiter an einer dieser Maschinen die halbe Hand eingebüßt hatte. Das läßt tief blicken!

Die Zahl der Unfälle an Fahrstühlen, Kränen und andern Hebewerkzeugen weist einen Rückgang auf.

Das Reizen von Krantetten und Fahrstuhlfäden kann natürlich nicht auf die leichtsinnigen Arbeiter abgewälzt werden, hier sind andre Faktoren verantwortlich zu machen. In der Sprengstoff- und Zündwarenindustrie ist die Zahl der Unfälle die gleiche geblieben. Beim Pressen von Sprengpulver wurden 3 Arbeiter getötet. Trotz der bestehenden Vorschrift, daß nur 2 Arbeiter in gehenden Pulverwerken beschäftigt werden dürfen, wurde noch ein Mann darin beschäftigt. Nach Angabe der Firma sollte der Mann in Abwesenheit des Meisters den Arbeiter beaufsichtigen. (?) Diese Behauptung war aber selbst der Berufsgenossenschaft zu plump, denn die Nachprüfung ergab, daß die Presse mit einer Hubzahl von 8 pro Minute arbeitete. Bei solcher Schnelligkeit ist eine sorgfältige Entfernung des Materials durch 2 Arbeiter nicht möglich. Eine Reduzierung der Hubzahl wurde durchgeführt. In einer Dynamitfabrik wurden 2 Arbeiter durch Explosion von 300—400 Kilogramm Nitroglycerin in Atome zerrissen und ein außerhalb arbeitender Mann leicht verletzt. Das Unglück soll durch Plagen einer Mühlflange hervorgerufen worden sein. Bei der Fabrikation von Amortisationsplättchen und Zündhütchen wurden mehrere Arbeiterinnen an Gesicht, Händen und Augen verletzt. Sonderbar liegt ein Fall, wonach ein Mädchen den feucht gewordenen Zündstoff aus den Zündhütchen entfernen mußte. Hierbei entlud sich der Zündstoff, wobei einer dabei stehenden Arbeiterin das linke Auge zerstört wurde. „Hätte der Meister Kenntnis vom Feuchtwerden erhalten, so wären die Zündhütchen sorggemäß vernichtet worden“, so bemerkt der Bericht. Über warum vernichtet der Meister nichts? Ein schweres Unglück ereignete sich in einer Trinitrotoluolfabrik durch Explosion von Alkoholgasen. Hierbei wurden 5 Personen getötet, 2 schwer und 3 leicht verletzt. Ursache: Warnlaufen der Zentrifuge. Entgegen der Unfallverhütungs-Vorschriften war eine Bremsvorrichtung an der Zentrifuge angebracht, dazu kam noch, daß die Anlage verspätet angemeldet wurde, weshalb eine Revision noch nicht vorgenommen worden war. Also nur durch den Unternehmerleichtsin können häßten diese armen Proleten ihr Leben ein.

X Fette Dividenden und magerer Lohnzulage.

Nach dem abgelaufenen Halbjahresbericht sind die höchsten Farbwerke bei gleichbleibendem Geschäftsgang in der Lage, voraussichtlich 32 Prozent Dividende gegen 27 Prozent im Vorjahre verteilen zu können. Falls sich die Voraussetzungen erfüllen, erhalten die Aktionäre eine Lohnzulage von fast 20 Prozent, die bei 36 Millionen Mark Aktienkapital 1,3 Millionen Mark beträgt, so daß für die Aktionäre im ganzen 11,5 Millionen Mark abfallen würden. Den Arbeitern, aber nicht allen, wurde kürzlich ein weiterer Pfennig Lohnzulage gewährt, welcher gleichbedeutend mit einer Lohnzulage von 2 1/2—3 Prozent ist. Keineswegs ist damit ein Anreiz für die erheblich verteuerten Lebensmittelpreise in und um Höchst geschaffen. Die Lohnzulage ist auf den in diesem Jahre erfolgten Gesamtumsatz der dortigen Farbwerksarbeiter zurückzuführen. Nur so weiter gearbeitet, dann kann noch mehr Lohn herausgeholt werden. „Wer arbeitet, soll auch essen!“

X Unfall-Tippe.

Mit Oleum verbrannt.

Am 25. Oktober verbrannte sich der Arbeiter Heinrich Dreyerhardt in der Badischen Anilin- und Sodafabrik dadurch, daß an einer Oleumbüchse der Bügel losgegangen war. Dreyerhardt hat beide Hände unterhalb des Knies, Hand und Gesicht verbrannt. Er wurde ins Krankenhaus geschafft.

Der rechte Arm abgerissen.

Zu den höchsten Farbwerken kam am 26. Oktober der 17-jährige Arbeiter Schumann aus Zeitzheim, der in dem Laboratorium des Dr. Michael beschäftigt ist, in das Rührwerk eines Kessels. Dabei wurde ihm der rechte Arm vor dem Ellenbogen abgerissen und der Arm oben noch aus dem Gelenk ausgezogen, so daß er nur

Die Eiszeit im norddeutschen Tieflande.

In dem norddeutschen Tiefland, in Rußland, in Schweden finden sich riesige abgerundete Blöcke, meist aus Granit oder Gneis bestehend, die jogenannten erraticen Blöcke, die manchmal einen Durchmesser von 6—8 Meter erreichen. Granit und Gneis in der in ihnen enthaltenen Zusammenfassung finden sich aber nur in den nordischen Gebirgen, Norwegen, Nordschweden, Finnland. Wie kamen diese Blöcke nun an die Ufer der Elbe? Ja, sagte man, es brach in vorhistorischen Zeiten eine große, große Flut vom Norden her über Deutschland und Rußland herein, die von solcher Gewalt war, daß die riesigen Blöcke von den Küsten des Eismeers bis zu uns gewälzt wurden — oder die Strömung trieb große Eisschollen, in denen ungeheure Steine eingestoren waren, nach Süden, wo sie an der Küste strandeten und ihre Last ablegten.

Weide Theorien, die dem Haren Beobachter sofort als widersinnig erscheinen müssen, sind heute so gut wie endgültig aufgegeben. Und zwar gebührt das Verdienst, sie widerlegt zu haben, dem schwedischen Naturforscher Otto Forell. Dieser kam in dem letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts auf Grund von Studien, die er in seiner schwedischen Heimat und an den Rüdelsdorfer Kalkbergen bei Berlin gemacht hatte, zu dem Ergebnis, daß sowohl die Bodenbeschaffenheit, als auch die Bodengestalt des nördlich der deutschen Mittelgebirge gelegenen Europas nur dadurch zu erklären sei, daß diese Länder einstmal, und zwar wiederholt, von einer ungeheuren Eisscholle, von riesenhafte Gletschern bedeckt gewesen seien, die sich von Norden her strahlenförmig ausgebreitet hätten. Seitdem spricht man von einer Eiszeit der Erde oder vielmehr von mehreren oder sog. Glazialperioden, zwischen die sich „Zwischeneiszeiten“ einschoben, in denen die Bergbildung ungefähr dieselbe wie gegenwärtig in Hochgebirgen gewesen zu sein scheint.

Ueber die Ursachen einer so ungeheuren Vereisung der Erdoberfläche ist man sich noch nicht im Klaren; am meisten Wahrscheinlichkeit dürfte die Annahme derjenigen haben, die den Temperaturrückgang aus Veränderungen in der Erdbahn erklären. Nun braucht man aber nicht zu denken, daß zur Eiszeit in unsrer Heimat eine Art sibirischer Kälte geherrscht habe; das ist durchaus nicht notwendig, wie aus den Beobachtungen hervorgeht, die man an den Alpengegenden gemacht hat. Der Gletscher entzieht nämlich dadurch, daß die Schneeflächen, die in bedeutender Höhe über dem Meere liegen, durch den eigenen Druck — man vergleiche einen festen Schneeball — ein immer fester werdendes Gefüge annehmen und allmählich zu einer Art Eiszement werden. Diese Masse gleitet langsam vorwärts auf der schiefen Ebene, geschoben von den nachfolgenden Massen; sie rückt, wie wir in den Alpen sehen, auch in wärmere Gegenden vor. Und so hat man ausgerechnet, daß eine Herabsetzung unserer Jahresmitteltemperatur um nur 4 bis 5 Grad wieder eine allgemeine Vereisung Europas bewirken würde.

Nur so läßt es sich auch erklären, daß während der Eiszeit, die sich zum Teil bis über den 40. Breitengrad erstreckte und in der über unsern norddeutschen Tiefland an manchen Stellen eine Eisscholle von einer Mächtigkeit von 1000 Metern und mehr lag, in den betreffenden Gebieten nicht alles organische Leben vernichtet wurde. Ein Beispiel hierfür bietet ja Schweden, wo auf dem Zularneise, dem Meeresterrass aus der Eiszeit, trotz der niedrigen Temperatur, Menschen, Tiere und Pflanzen, wenn auch nur kümmerlich, fortzukommen. Was nun erst in dem milderen Klima unsrer Gegenden. Da Köpfe auf der Eisscholle große Ströme, an deren Ufern sich Schutt- und Ablagerungen bildeten, die eine artigen Flora Raum boten. Da belebten Riesentiere, wie das Mammut, die Ränder der Eisscholle, und aus den gefundenen Überresten läßt sich für die Eiszeit bestimmt das Vorhandensein des Menschen in Norddeutschland nachweisen. Und wenn dann infolge eines wärmeren Klimas eine Abschmelzung der Gletscher eintrat und sie über die Ostsee zurückwichen, dann folgten ihnen die an ein kälteres Klima gewöhnten Tiere und Pflanzen und machten den Arten Platz, die heute bei uns zu finden sind.

Die Zeit der Glazialperioden, ebenso wie ihre Dauer läßt sich natürlich nicht mehr feststellen. Zu beurteilen wäre übrigens, daß die Eiszeiten in der germanischen Mythologie wohl auf eine, wenn auch nicht über die Ostsee herüberreichende spätere Gletscherperiode hinweisen dürften.

Die Eiszeit nun war es, die das Fundament schuf, auf der sich fast die ganze wirtschaftliche Entwicklung des norddeutschen Tieflandes aufbauen sollte. Die Wirtschaftsverhältnisse eines Landes, die wieder seine Geschichte und Kultur bestimmen, hängen in erster Linie ab von den geographischen Verhältnissen; von der Bildung des Bodens, der Zusammenfügung der Gesteine, der Bodengestalt, von der Verteilung der Gewässer usw. Diese bestimmen den Umfang und die Art der Besiedlung eines Landes, die Beschäftigung und den Charakter, die Besitzverhältnisse und die politische und wirtschaftliche Sicherung seiner Bewohner, die Lage, Größe und Bedeutung der Städte. Die Geographie ist daher eine der wichtigsten Hilfswissenschaften der Wirtschaftskunde geworden.

Zu einzelnen läßt sich das besonders gut an dem Beispiel, das uns das norddeutsche Tiefland bietet, nachweisen. Die Gletscher, die aus Skandinavien und Finnland ihren Weg zu uns nahmen, glitten dort über Felsen und Gebirge und große Felder von verwittertem Gestein. Große Blöcke, wie kleineres Geröll nahm nun der Gletscher in Form von sogenannten Moränen auf die Reise mit. Zeits lang er sie vor sich her, teils rollte er sie unter sich mit, teils nahm er sie auf seinen Rücken. Durch die stete, gleitende Bewegung wurden die kleinen Gesteinsteile zu Sand und Mergel zermahlen, die größerer abgerundet und geglättet. Allmählich froren sie in die Eismasse ein, so lange des ungeheuren Druckes ein; das Eis ward mit Zweinen gradezu durchdringt wie ein Kuchen mit Nüssen. Die an der unteren Fläche des Gletschers eingestorenen Gesteinsmassen verwandelten sich

zugleich sozusagen in eine große Kugel, so daß überall da, wohin der Gletscher kam, der Boden abgeglättet, abgeleitet und Berg und Tal gleichgemacht wurden. Die Spuren dieser Tätigkeit kann man noch heute an den Gletschergrammen im Alvenlebenbruch der Rüdelsdorfer Kalkberge sehen.

Als dann später die Eismassen allmählich abschmolzen, da mußte all der Schutt, der in ihnen eingestoren war, zurückbleiben. Dieser Gletscherschutt, Gletschermergel und Gletscherlehm genannt, ist für die Landwirtschaft und auch für die Ziegeldindustrie von größter Bedeutung; für die Landwirtschaft: denn er enthält die nährstoffreichen Verwitterungsprodukte von Granit und Gneis. Diese mit größeren Steinen vermischte Mergel- und Lehmschicht, wie man sie fast überall zu beobachten Gelegenheit hat, hätte das norddeutsche Tiefland ganz gleichmäßig bedecken müssen, wenn nicht die Tätigkeit des Wassers eine andre Bodenzusammensetzung und Bodengestalt vielfach hervorgerufen hätte.

Durch die Abschmelzung der Gletscher wurden ungeheure Wassermassen frei, die sich dem Eisrande entlang einen Abfluß nach dem Meere suchten und auf diesem Wege breite und tiefe Täler ausfurchten. Nun schmolzen die Gletscher in der umgekehrten Richtung, in der sie gekommen waren, also von Südwesten nach Nordosten wieder ab. Der Rand des Eises hatte also die Richtung einer Linie, die etwa den Harz mit Breslau verbindet. Die Gewässer fließen daher in der Richtung von Südosten und Nordwesten ab, und da die Nordsee naturgemäß eher vom Eise frei war als die Ostsee, mündeten alle Ströme des heutigen Norddeutschland in die Nordsee. Man kann heute noch die alten Flußtäler verfolgen, wenn man auf der Karte dem Lauf der Flüsse nachgeht. So mündete die Weser früher in den Dollart. Die obere Oder bog bei Breslau nach Westen und floß an Nordbrände des Harzes vorbei in den Fiedebusen. Die Weichsel floß in die Taler der Warthe und Nege, vereinigte sich mit den Gewässern der mittleren Oder und nahm über Berlin ihren Weg in das untere, breite Tal der Elbe. Diese sagen. deutschen Urströme schämten auf ihrem Laufe den fruchtbarsten Gletscherschutt aus und ließen sandige Dünen, die heutigen großen, unfruchtbaren Heideflächen, zurück. Der Schutt aber, den sie mit sich führten und der alle Nährstoffe enthielt, wurde im Flußbett nach der Wändung und in den Flußniederungen abgesetzt. Daher kommt es, daß z. B. ein Gebiet wie der Fläming, der zwischen zwei alten Flußläufen sich als Düne erhob, so wasserarm und unfruchtbar, der Spreewald aber, der sich ihm im Nordosten vorlagert, so überaus fruchtbar ist. Dasselbe Bild bietet die Lüneburger Heide im Vergleich zu der Kornkammer des nördlichen Elbals: überhaupt ist, was nach dem Vorauszugehen jedes einleuchtend muß, die Nordküste und ihr Hinterland, was Fruchtbarkeit anlangt, viel mehr von der Natur begünstigt als das östlich der Elbe gelegene Tiefland, weil die in die Nordsee mündenden Flüsse dort allen Schutt ablegten. Daraus ergibt sich als wirtschaftliche Folge, daß der Ackerbau im Westen mehr als Einzelwirtschaft getrieben wird, er rentiert sich schon für den einzelnen

noch an den Sehnen festhäng. Weiter soll auch noch das eine Bein getrennt sein. Der Verunglückte wurde in das Krankenhaus überführt. Ob er mit dem Leben davonkommt, ist zweifelhaft. Wie das Unglück geschehen konnte, ob ein Mangel an Schutzvorrichtungen vorzuziehen ist, wird die Untersuchung hoffentlich klären. Fest steht, daß die Sicherheit in dem Augenblick allein war, und niemand den Vorgang beobachtet hat.

Explosion.

In der Dynamitfabrik Schlobusch-Mansfort ereignete sich am 28. Oktober eine Explosion in der Nitrierabteilung. Dabei wurde das Nitrierhaus zerstört. Die Explosion rief einen gewaltigen Luftdruck hervor, so daß die Häuser herein erschoben und die Einwohner erschreckt auf die Straßen eilten. In der Fabrik sind zahllose Fensterscheiben und zertrümmert. Menschen kamen glücklicherweise dabei nicht zu Schaden.

Aus der Zuckerindustrie.

Erntesege in der Zuckerindustrie.

Die Zuckerpreise sind in den letzten Wochen außerordentlich zurückgegangen. Im August d. J. kostete der Zentner Rohzucker 15 Mk. jetzt nur noch zirka 9 Mk. Dieser enorme Rückgang hat sehr verschiedene Ursachen. Die erste und wohl wichtigste ist die Bergförderung der mit Zuckerrüben bebauten Fläche. Es wurden nämlich angebaut

Table with 4 columns: Year, Hektar, 1905/06, 1906/07. Rows for years 1900/01 to 1904/05 and 1910/11.

Aber der vermehrte Anbau der Rüben allein hat den Preissturz nicht herbeigeführt; dann hätte er schon eher eintreten müssen. Die Preise wichen aber erst, als die Ernteschätzungen bekannt wurden. Diese lauteten nämlich äußerst günstig. Es wurden geschätzt in Tonnen:

Table with 3 columns: Year, European countries, Other European countries. Rows for 1909/10 and 1910/11.

Diese Schätzung bleibt aber, soweit sich bis jetzt beurteilen läßt, hinter der Wirklichkeit noch zurück. Die Rüben-ernte liefert nämlich in diesem Jahre sehr hohe Erträge. Selbst auf leichterem Boden werden bis zu 200 Zentner pro Morgen geerntet. Auch der Zuckergehalt der Rüben ist verhältnismäßig hoch. Die Anfuhr bei den Fabriken ist teilweise so stark, daß sie nicht bewältigt werden kann. Eine weitere Ursache des Preissturzes ist die Spekulation. Als die reiche Erträge kündenden Schätzungen bekannt wurden, verkauften Spekulanten, die auf noch höhere Preise rechneten, schnell ihre Vorräte und vermehrten dadurch plötzlich das Angebot von Zucker auf dem Weltmarkt. Die Folge war ein Rückgang der Preise. Dieser Rückgang rief Bestürzung hervor und veranlaßte noch weitere Vermehrung des Angebots. So trieb denn ein Keil den andern, bis die Preise um rund 60 Prozent herunter waren. Das ist halt die „innere Mechanik“ des kapitalistischen Wirtschaftslebens!

Der Arbeitsmarkt in der Zuckerindustrie wird durch den Preissturz eher verbessert als verschlechtert. Namentlich die Raffinerien machen sich die billigen Rohzuckerpreise zunutze. Der Geschäftsgang in diesen Betrieben ist jetzt durchweg gut, und wo die Arbeiter unserm Verbände angehören, ist es in letzter Zeit fast durchweg gelungen, erhebliche Lohnerhöhungen durchzusetzen. Nur schade, daß noch so viele Raffinerien mit unorganisierten Arbeitern rechnen können! In den Rohzuckerfabriken ist der Geschäftsgang infolge der günstigen Rüben-ernte naturgemäß flau. Die niedrigen Rohzuckerpreise kommen hier auch nicht in dem Maße in Betracht wie bei den Raffinerien. Denn infolge

Wassers; in Ostpreußen dagegen herrscht die Gutswirtschaft vor, da dort, um die Landwirtlichkeit rentabel zu betreiben, ein großer Landkomplex auf einmal in Angriff genommen werden muß.

Wie dem Rückgang der Erträge hörte auch die anormale Wasserfälle der Flüsse auf; sie veränderten und suchten sich andere Formen. Die Leber und Weichsel durchdrangen den holländischen Landrücken und floßen nunmehr in die Ostsee. In den früheren Hauptflüssen fließen nunmehr nur Nebenflüsse, oder sie veränderten sich in Moore und Brüche oder bildeten lange Seentümpel. So entstanden die heutigen Stromsysteme. Die Abhängigkeit der alten Flugsäule trat aber besonders mit dem Beginn des Jahrhunderts der Industrie wieder hervor. Für die mittelalterlichen Handelsstraßen waren sie mit ihren unregelmäßigen Schwüngen nur Hindernisse; erst in der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts begann man unter großen Kosten die Niederungen — Oder, Warthe und Regnitz — urbar zu machen und für die Landwirtschaft zu gewinnen. In erstem Reihe aber kamen die Täler der ehemaligen Urflüsse zur Geltung, als die empfindliche Industrie die Anlage von Wasserkräften, von Kanälen im Interesse einer schnellen Beförderung ihrer Produkte notwendig machte. So entstanden besonders in der Umgegend des sich zur Großstadt entwickelnden Berlin die ersten Kanäle von größerer Bedeutung, die die Stromgebiete der Elbe und Oder miteinander verbanden, der Finow- und Kupferkanal im Norden, der Havelkanal im Süden und der Havelkanal im Westen. Ebenfalls wurde die Verbindung von Oder und Warthe. Diese Kanäle führten im Prinzip demselben Zwecke, so daß ihre Anlage verhältnismäßig geringe Kosten verursachte und der geringe Wasserverbrauch keine großen Schutzmaßnahmen erforderlich machte. Überhaupt wurde sich ohne große Schwierigkeiten ein ausgedehntes Kanalsystem von Berlin bis zur Ostsee über ganz Norddeutschland legen; der Kanal, der im Sommerlande würde die Eisenbahnen ersetzen, große Strecken von Kanälen würden entstehen, aber — ja wenn die ostpreussischen Grundbesitzer von einer ausgedehnten Kanalnetz nicht eine Verhängnis über ihren eigenen Interessen hätten und alle diesen stehenden Bäume vertriehen.

Wir haben gesehen, wie die Natur in der Gegend erst die Verhältnisse geschaffen hat, die die wirtschaftliche Entwicklung im norddeutschen Tieflande bedingte. Besonders wichtig dabei der jetzt gültigen Oder, Warthe, Regnitz. Eben im Mittelalter ein wichtiger Ort, der es an der Ostsee einen Abgangsweg für das Sammelgut der Oder auf dem Handelswege von Mitteldeutschland über Verden nach der Ostsee — heute der von Anklam und Stettin nach Verden — lag, wurde es für die Ostsee zur Großstadt entwickelt, als die ostpreussischen Grundbesitzer und holländischen Kaufleute eine bessere Kanalaranlage anlegten, die der Handel zunächst mit der Ostsee und später mit dem Ostsee und Mittelmeer sich entwickeln konnte. Große Handelsbeziehungen in Richtung Ostsee machten holländische Kaufleute möglich, die mit den Ostpreussen Kanälen das Mittelmeer zum Ausgangspunkt zu machen. Und heute liegt Berlin wie eine Spinnweb im Netz der Ostsee, was in ihr Zentrum steht und von dort aus Kanäle nach Verden, nach der Ostsee und dem Mittelmeer führen. Die Ostsee ist ein großer See, der den Handel von Hamburg bis zum Mittelmeer verbindet.

den reichlichen Zuckergehaltes sind weniger Rüben zur Herstellung eines bestimmten Quantums Zucker erforderlich und außerdem läßt der größere Morgen-ertrag eine Abminderung der Rübenpreise ohne weiteres zu. Die meisten Zuckerfabriken sind überdies im Besitz von Rübenbauenden Landwirten, so daß hier nur aus einer Tasche in die andere gesteckt wird. Hinzu kommt, daß die Zuckerfabriken in den letzten Jahren so reiche Erträge lieferten, daß sie ein mageres Jahr ganz gut ertragen würden. Zahlten doch im Jahre 1907/08 von 48 Aktiengesellschaften der Zuckerindustrie nur 9 bis zu 5 Proz., 14 zahlten 5—10 und 15 über 10 Prozent Dividende, davon 5 von 15—25 Prozent.

Das Jahr 1908/09 brachte noch weit höhere Gewinne. Die Durchschnittsdividende für alle Gesellschaften stieg von 7,2 Prozent im Jahre 1907 auf 9 Prozent. Nachstehend einige Gesellschaften, bei denen die Gewinnsteigerung besonders scharf zum Ausdruck kommt. Es betrug

Table with 4 columns: Aktienkapital in 1000 Mark, Dividende in Prozenten 1907/08, Dividende in Prozenten 1908/09. Rows for various sugar companies like Zuckerfabrik Frankenthal, Rheinischer Aktien-Ver. für Zuckerfabrikation etc.

Bei diesen Gesellschaften stieg die Durchschnittsdividende (nach dem Prozentsatz berechnet) von 11,7 im Jahre 1907/08 auf 19 Prozent im Jahre 1908/09.

Dabei kommt aber der Gewinn der Zuckerfabriken in den Dividenden nur sehr unvollständig zum Ausdruck. Die Gründe hierfür haben wir wiederholt dargelegt. Da aber von den Unternehmern unsere Angaben wiederholt als irreführend bezeichnet wurden, scheint es uns von besonderem Wert, daß wir jetzt ein amtliches Urteil, das genau dasselbe sagt, was wir so oft behauptet, anführen können. In der Statistik über die Ergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften für das Jahr 1907/08 schreiben die Bearbeiter, die Regierungsräte Moll und Frey, über die Zuckerfabriken:

„Gemäß § 212 H.-G.-B. kann im Gesellschaftsvertrag einer Aktiengesellschaft den Aktionären neben den Kapitalanlagen die weitere Verpflichtung zu wiederkehrenden, nicht in Geld bestehenden Leistungen auferlegt werden. Diese gesetzliche Ausnahmebestimmung von der Regel, daß die Aktiengesellschaft ausschließlich eine Kapitalgesellschaft darstellen soll, ist durch das Bedürfnis der Rübenzuckerfabrik-Aktiengesellschaften veranlaßt, die ihren Aktionären den jährlich wiederkehrenden Anbau und die Lieferung von Rüben als gesellschaftliche Verpflichtung auferlegen wollen.“

Die Höhe der Bezahlung der Rüben wird hierbei meistens von der Generalversammlung der Gesellschaft beschlossen. Dabei ist zwar in der Regel ein für allemal eine bestimmte Wertskala nach dem Zuckergehalt der gelieferten Rüben maßgebend, im übrigen aber geschieht die Preisberechnung seitens der Verwaltung nach dem jeweiligen Marktpreise des Zuckers, und nach dem voraussichtlichen Jahresgewinn der Gesellschaft. Bleibt nach Bezahlung der Rübenbeiträge, nach Abzug sämtlicher Betriebskosten, der Abschreibungen und Löhnen ein Ueberschuß, so erfolgt die Auszahlung eines meistens wäßrig gehaltenen Dividende. Verbleibt hiernach noch ein verteilbarer Betrag, so erhalten die Aktionäre unter Umständen weitere Nachzahlungen auf ihre gelieferten Rüben. Es handelt sich also bei den obigen Gesellschaften mit Nebenleistungspflicht um eine eigenartige Gewinn- und Dividendenbemessung. Durch die Art der Bemessung des Preises für die Aktionärerüben wird der Betrag des sich rechnungsmäßig ergebenden Reingewinns und der Dividende künstlich beeinflusst. Derartige Ziffern erscheinen für die Beurteilung in der vorliegenden Statistik ungeeignet. Das gilt auch dann, wenn die Rübenbeiträge nur auf einem Teile des Aktienkapitals ruht, der sich von Jahr zu Jahr verändern kann. Es ist deshalb nach den Bestimmungen der Nürnberger Konferenz erforderlich, sämtliche Zuckerfabrik-Aktiengesellschaften mit irgendwelcher Rübenbeitragspflicht der Aktionäre aus der vorliegenden Statistik auszuschneiden oder getrennt zu behandeln.“

Es wird hier bestätigt, daß bei den Zuckerfabriken die verteilte Dividende nur sehr bedingt einen Maßstab für die Rentabilität darstellt. Man haben allerdings nicht alle Fabriken Aktienrübener, aber doch ein erheblicher Teil. Wie groß dieser Teil ist, ergeben annähernd folgende Ziffern. Nach den im Statistischen Amt gesammelten Angaben von Inhabern oder Betriebsleitern der 354 (L. B. 356) deutschen Rübenzuckerfabriken betrug der Rübenanbau in diesem Jahre 474 003 Hektar gegen 455 237 Hektar im Vorjahre. Diese Zahl setzt sich zusammen aus:

Table with 3 columns: Year, Eigenrübener, Aktionärerübener, Bauerübener. Rows for 1910 and 1909.

Da für die Eigenrübener dasselbe zutrifft wie für die Aktienrübener, wird für die Hälfte aller verarbeiteten Rüben der Preis nach dem Gewinnergebnis bemessen. Man darf also behaupten, daß die Zuckerfabrikation in den letzten Jahren glänzende Erträge geliefert hat. Das geht auch aus einer Zusammenstellung des Statistikers D. Licht hervor, der den Gesamtgewinn der Zuckerproduzenten in den letzten 4 Jahren auf 330 Millionen Mark berechnet, und zwar verteilt sich die Summe auf die einzelnen Jahre wie folgt:

Table with 2 columns: Year, Gewinn in Millionen Mark. Rows for 1905/06, 1906/07, 1907/08, 1908/09.

In diesen Gewinn teilen sich Rüben- und Zuckerproduzenten.

Wenn also der Preisrückgang den Rohzuckerproduzenten einen Gewinnausfall bringen sollte, trifft das Leide, die es tragen können.

Aber ein solcher Ausfall ist, wie wir oben angeführt haben, nicht einmal wahrscheinlich. Die Konjunktur des Zuckers werden aber die billigen Zuckerpreise begründen. Leider paßt sich der Zwischenhandel den gestiegenen Preisen nur sehr langsam an, so daß ein erheblicher Teil des Preisrückganges hier hängen bleibt. Es wäre eine dankbare Aufgabe für die Konsumvereine, dafür zu sorgen, daß Preisrückgänge ebenfalls schnell bekannt werden wie Preissteigerungen. Für die Arbeiter der Zuckerindustrie bietet die gegen-

wärtige Zeit, wie schon angeführt, sehr günstige Aussichten. Leider haben die wieder einmal das Del auf der Dampfvergeffen, wenigstens zum großen Teil. Aben. Ne legt gut organisiert, ließen sich prächtige Erfolge erringen. Die leicht nehmen sie sich aber zur Befrei. Wir werden jedenfalls nichts veräumen, ihnen klar zu machen, daß jetzt gute Zeit zum Strike wäre, wenn sie nicht das Eden vergeffen hätten.

Polizei und Gerichte.

§ 70. Ein auffeherregendes Urteil.

an das die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse nicht achlos vorbeigehen darf, hat soeben das Frankfurter Oberlandesgericht als letzte Instanz bestätigt. Es handelt sich um die Klage von zwei Transportarbeitern gegen die Eisenbahnverwaltung, die ihre Entlassung veranlaßt hatte, weil sie Mitglieder des Verbandes sind. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß die Kläger lange Zeit zur Freundschaft bei ihren Arbeitgebern geblieben hatten, und sie waren deshalb nicht wenig erstaunt, als sie eines Tages ihre Entlassung erhielten. Nach ihrer Behauptung kündigten die Unternehmer nur ungern, indem sie lediglich einem Druck des preussischen Eisenbahndirektors folgten. Die beiden Gewerkschaftler erhoben deshalb gegen den Fiskus Schadenersatzklage im Höhe von zusammen 24 Mk.

Der Fiskus machte geltend, daß, da den Deute ordnungsgemäß gekündigt worden sei, jeder weitere Anspruch in sich zusammenfalle. Im übrigen habe er in Klageung berechtigter Interessen gehandelt, wenn er den Verlust der Kläger mit seinen Arbeitern abgemittelt habe. Die beiden Entlassenen seien übrigens schon einmal Opfer eines Transportarbeiterstreiks gewesen und wegen agitatorischer Tätigkeit von ihren früheren Arbeitgebern entlassen worden. Die Kläger stellen jede agitatorische Tätigkeit im Betrieb oder ganz im Verkehr mit den Eisenbahnarbeitern in Abrede.

Das Gericht wies die Klage unter folgender eigentümlichen Begründung ab: „§ 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verpflichtet diejenigen zum Schadenersatz, die in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem andern vorzüglich Schaden zufügen. Der Beklagte ist durch kein Gesetz verpflichtet, organisierte Arbeiter in seinem Betriebe zu beschäftigen und er habe es im Wege freier Rechtsentscheidung in der Hand, sich solche Arbeiter fern zu halten. Nach habe der Fiskus ein Recht auf die Anerkennung, daß, wenn er organisierte Arbeiter salsch nicht duldet, indem ihn dazu sonstige Erwägungen führen, daß ihm besonders die gesteigerte Verantwortung für die Sicherheit der Arbeiter, die seiner Vertretung der öffentlichen Sicherheit und Interessen bedingt. Er handelt daher nur lossequent, wenn er nach Möglichkeit organisierte Arbeiter in seinem Betrieb zu verhindern sucht. Einen Grund zu solcher Beeinflussung erblickt er aber mit Recht in der täglichen Verührung seiner Arbeiter mit den Klägern. Dieses tägliche Zusammenreffen und als dessen natürliche Folge die Unterhaltung über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter und damit die Versuche der Kläger, die Arbeiter der Eisenbahnverwaltung zu ihrem Standpunkt zu bekehren, waren nicht zu vermeiden (Schriftlich), solange die Kläger bei dem Unternehmer beschäftigt waren. Daher durfte der Fiskus darauf bestehen, diese Verührung auszuklammeln, und auch der Weg, den er dazu gewählt, läßt ihn nicht gegen den § 826 B.G.B. verstoßen. (1) Die Kläger haben nach ein bzw. zwei Wochen wieder eine Stellung gefunden, die sie ernährt. Daß sie dabei weniger verdienen, bedeutet für sie keinen unverhältnismäßigen Schaden und muß von ihnen als Folge ihres sozialpolitischen Standpunktes getragen werden.“

Dieser Entscheidung hat sich nun am 29. Oktober auch das Oberlandesgericht angegeschlossen und die hiergegen eingelegte Berufung verworfen. Durch dieses Urteil wird keine mehr als einseitige Begründung ist dem Exorzismus der Eisenbahnbedienen nicht nur, sondern allen Scharfschneidern Tür und Tor geöffnet. Wenn, wie es in dem Urteil heißt, die zu beklagende Beeinflussung schon ein Grund ist, Arbeiter schonungslos auf die Straße zu werfen, und sich Richter finden, die darin keinen Verstoß gegen die guten Sitten erblicken, so eröffnet das „prächtige“ Aussichten für die Zukunft. Gegen eine solche Art von Rechtsansichtungen, die dem allgemeinen Empfinden direkt in das Gesicht schlägt, muß die organisierte Arbeiterklasse ganz energisch protestieren. Es scheint aber neuerdings, daß in der ganzen Sache eine Art System liegt mit der Spitze gegen die Gewerkschaften.

§ 153.

Einen wichtigen Entscheid fällte kürzlich das hanseatische Oberlandesgericht. Ein Bauarbeiter war zu Gefängnis verurteilt worden, weil er einen Mitarbeiter zum Eintritt in den Verband aufgefordert und dieser Aufforderung dadurch mehr Nachdruck zu geben hoffte, daß er dem Aufgeforderten erklärte, wenn er nicht beitrete, würde die Arbeit eingestellt werden. Das Oberlandesgericht als Berufungsinstanz erkannte auf sofortige Freisprechung. Der sehr interessanten Urteilsbegründung des Oberlandesgerichts entnehmen wir diese Stellen:

„... Unter Verabredungen zum Zwecke der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen können nur solche verstanden werden, welche in ihrem enbrennten oder wenigstens in Aussicht genommenen Kampfe die Einwilligung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen anstreben.“

Weiter heißt es, die Ehre des Aufgeforderten sei dadurch unangefastet geblieben und sollte dadurch auch nicht verletzt werden, denn er sollte entweder dem Verbands beitreten oder die Folgen auf sich nehmen, welche die Verteilung gegen ihn ziehen werde, sobald in Falle seines Nichtbeitritts die anderen Arbeiter sich weigern würden, weiter mit ihm zusammenzuarbeiten. Nur in dieser Weise sollte die Arbeitseinstellung als Druckmittel dienen. Es sei also klar, daß nicht Unwürdigkeit des Betroffenen den Grund seines Ausschusses bildete, und daß es um keine gegen dessen Ehre gerichtete Kundgebung sich handelte, sondern ganz allein um die Verhängung eines wirtschaftlichen Nachteils, die im gewerblichen Leben der Gegenwart so gebräuchlich geworden ist, daß sie auch in unbeteiligten Kreisen verstanden wird und nicht ohne weiteres auf die Ehre des Betroffenen einen Makel wirft.“

§ Von der halleischen Polizei.

Aus Halle schreibt man uns: Die halleische Polizei tut sich im Kampf gegen die Arbeiterbewegung ganz besonders hervor. Jetzt versucht man sogar unsere Betriebsbeschwerden dadurch illusorisch zu machen, daß man die Einleitung hierzu in jeder Form verbietet, selbst die mündliche darf vor dem Betriebe nicht vorgenommen werden. Mitgliederversammlungen werden trotz dem klaren Wortlaut des neuen Vereinsgesetzes polizeilich überwacht, dem geringsten Protest hiergegen folgt die polizeiliche Anführung auf dem Fuße. Wir befinden uns also jetzt hier in Halle in einem vollständigen Ausnahmezustand, wie er sonst nur unter dem Sozialistengesetz nicht gewesen ist. Alle Beschwerden hiergegen waren bisher ergebnislos; es liegt System in der Sache.

§ Im Namen des Adnigs!

In der Privatsache des Gewerkschaftssekretärs Martin Fromm in Köln-Grensfeld, Privatkläger, gegen den Redakteur Heinrich Schneider in Hannover, Angeklagter, wegen Verleumdung, hat das Königlich Preussische Oberlandesgericht in Köln, Abt. 35, in der Sitzung vom 3. Juni 1910, an welcher teilgenommen haben: Amtsgerichtsrat Kugel als Vorsitzender, Baumann, Richter als Schöffen, Hädelhelm als Gerichtsschreiber, die Recht erkannt: Der Angeklagte wird wegen Verleumdung des Privatklägers zu einer Geldstrafe von einhundertzwanzig Mark — in Anveränderungsfalle zu dreißig Tagen Gefängnis — und in die Kosten verurteilt. Der Privatkläger darf den verhängenden Teil des rechtskräftigen Urteils binnen vier Wochen nach Zustellung einmal auf Kosten des Angeklagten in der zu Hannover erscheinenden Zeitung „Der Proletarier“ in gewöhnlicher Druckschrift veröffentlichen.“ geg.: Kugel, Ausgefertigt: L. S. gez.: Berger, Gerichtsschreiber des Königlich Preussischen Oberlandesgerichts.